



Shalom/Salam: Frauen in Palästina und Israel für den Frieden

Dokumentation der Veranstaltung
vom 15. Januar 2009 in Berlin, Werkstatt der Kulturen

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort von Monika Knoche und Dr. Kirsten Tackmann	3	4.4. Weibliche Identität vor dem Hintergrund des Konfliktes	12
2. Programm vom 15. Januar 2009	5	4.5. Arbeitsschwerpunkte der Frauenorganisationen	15
3. Kurzbiographien der Referentinnen aus Israel und Palästina	6	4.6. Visionen des Zusammenlebens	16
4. Frauen engagieren sich für Frieden in Israel und Palästina: Erfahrungen, Herausforderungen und Hoffnungen	7	5. Kooperationsmöglichkeiten und Politikempfehlungen an DIE LINKE	18
4.1. Stellungnahmen zum Krieg in Gaza, Dezember 2008 und Januar 2009	7	6. Friedensaktivistinnen und DIE LINKE fordern gemeinsam: Legt die Waffen nieder!	20
4.2. Friedensengagement palästinensischer und israelischer Frauen	8	7. Presseartikel	21
4.3. Die Rolle der UN-Resolution 1325 für die Frauenorganisationen	10	8. Anhang: UN-Resolution 1325	25

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 75 1170, Fax: 030/22 75 6128
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Ulrich Maurer, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden.**

1. Vorwort

Unsere Veranstaltungen mit israelischen und palästinensischen Friedensaktivistinnen fanden am 14. und 15. Januar 2009 in Berlin statt. Dass sie vom Krieg in Gaza überschattet sein würden, hatten wir nicht voraussehen können. Von dieser aktuellen Situation waren natürlich die Beiträge unserer Referentinnen und unsere Diskussionen geprägt. Mit einer gemeinsamen Erklärung, die am Ende dieser Dokumentation zu finden ist, haben wir ein sofortiges Ende des Krieges und langfristig die Rückkehr zu völkerrechtlichen Grundlagen als Voraussetzung für einen gerechten Frieden in der Region gefordert.

Die Veranstaltung am 15. Januar war ein Ergebnis unserer Bemühungen, die UN-Resolution 1325 mit Leben zu füllen. Diese Resolution wurde im Jahre 2000 vom UN-Sicherheitsrat verabschiedet, um dem besonderen Schutzbedürfnis von Frauen und Mädchen in Kriegs- und Krisengebieten Rechnung zu tragen und ihre Partizipation an Friedensprozessen zu stärken. Frauen und Mädchen sind aufgrund der politischen Krisensituation einerseits und durch Geschlecht und gesellschaftlichen Status andererseits doppelt schutzbedürftig. Von den Prozessen und Mechanismen der Konfliktlösung bleiben sie aber in der Regel ausgeschlossen. Mit der Resolution 1325 haben Frauen erstmals ein Instrument an der Hand, das international ihre Forderungen nach mehr Beteiligung und Schutz stützt. In der Praxis muss für die Umsetzung der Resolution allerdings noch viel passieren.

Als Frauen- und Außenpolitikerinnen der LINKEN suchten wir eigene Wege, um mehr über das friedenspolitische Engagement und die Forderungen von aktiven Frauen in Krisenregionen zu erfahren. Den Dialog mit israelischen und palästinensischen Frauen begannen wir mit unserer ersten Frauen-Friedens-Reise nach Israel und Palästina im Dezember 2006. Wir waren beeindruckt von den Frauen, die wir während dieser Reise getroffen haben, und damit stand für uns fest: Diese Stimmen müssen auch an die deutsche Öffentlichkeit dringen.

Besonders wichtig war es uns aufzuzeigen, wie komplex die gesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge sind, die das Engagement palästinensischer und israelischer Frauen begründen. Deswegen haben wir im Januar 2009 vier Frauen mit sehr unterschiedlichen Biographien eingeladen, die alle zu den herausragenden Sprecherinnen in ihren jeweiligen Gemeinschaften gehören: Shula Keshet, Israelin iranischer Abstammung, Nabila Espanioly, Palästinenserin aus Israel, Amal Khreisha aus den Palästinensischen Gebieten und Inna Michaeli, Israelin mit russischen Wurzeln. Ihre Erfahrungen und Hoffnungen als feministische Friedensaktivistinnen waren ein Schwerpunkt unserer Veranstaltung.

Was bedeutet es, als linke jüdische Israelin in einer militarisierten Gesellschaft zu leben? Wie ist das Spannungsverhältnis zwischen nationalen und sozialen Forderungen für eine unter Besatzung lebende Palästinenserin? Mit welchen Strategien fordern Palästinenserinnen mit israelischer Staatsangehörigkeit ihre Menschenrechte ein? Wofür treten die jüdischen Israelinnen mit östlichen Wurzeln ein? Wie kann die Resolution 1325 in einem Prozess für einen gerechten und nachhaltigen israelisch-palästinensischen Frieden genutzt werden?

Abschließend standen Empfehlungen an unsere Fraktion und Möglichkeiten der Zusammenarbeit und Vernetzung zur Diskussion. Aus Deutschland waren in erster Linie Vertreterinnen der Zivilgesellschaft aus Frauen- und Friedensnetzwerken anwesend. Heidi Meinzolt, Koordinatorin der Nahostarbeit für die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit/IFFF, war eingeladen, um über die Möglichkeiten, die UN-Resolution 1325 in Nahost umzusetzen, zu referieren. Alle Referentinnen und Teilnehmerinnen sprachen sich für eine Fortsetzung unserer Politik aus, Frauenstimmen aus der Region verstärkt in die Diskussion einzubringen. Allgemeine Zustimmung fand insbesondere der Vorschlag, auf EU-Ebene eine internationale Friedenskonferenz unter aktiver Mitwirkung von Friedensaktivistinnen aus Israel und Palästina zu initiieren.

Natürlich war es nicht leicht, auch über grundsätzliche Fragestellungen zu reden, während draußen ein grausamer Krieg tobte. Auf der anderen Seite hat uns gerade dieser Krieg wieder verdeutlicht, wie dringend wir alternative Prozesse und Lösungen brauchen, und wie wichtig es ist, Friedensstimmen aus der Region zu Wort kommen zu lassen. So unterschiedlich die Arbeitsschwerpunkte aller Frauen auch sind, einig waren sie sich alle in ihrem Appell an die internationale Gemeinschaft, an uns:

Wir schaffen es nicht alleine. Wir brauchen Eure Unterstützung in diesem Konflikt!

Wir möchten uns gerne bei allen Referentinnen, Moderatoren/innen und Teilnehmerinnen für ihre Beiträge bedanken ebenso bei unserer Mitarbeiterin Tanja Tabbara und unseren Fachreferentinnen Johanna Bussemer und Jutta Kühl für die Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltungen. Sie haben auch diese Dokumentation erstellt. Danke an Marie Karge und Gabriele Rasch für die organisatorische Unterstützung vor und während der Veranstaltungen. Unser Dank gilt auch den Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv und Ramallah, die uns nicht nur bei der Auswahl der Referentinnen eine Hilfe waren.

Es ist unsere Hoffnung, dass dieser Veranstaltung weitere gemeinsame Aktionen folgen, mit denen wir die Friedensstimmen in Israel und Palästina unterstützen können. In diesem Sinne freuen wir uns auf weitere gute Zusammenarbeit mit Euch/Ihnen allen. Diese Dokumentation soll dafür eine Grundlage bilden.



Monika Knoche,
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende DIE LINKE



Dr. Kirsten Tackmann,
Frauenpolitische Sprecherin DIE LINKE

2. Programm vom 15. Januar

9 Uhr Grußwort

Petra Pau, *Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages*

9.10 Uhr Begrüßung und Einleitung

Monika Knoche, *Leiterin des Arbeitskreises Internationale Politik*

9.20 Uhr Internationale Frauenpolitik und die UN-Resolution 1325

Dr. Kirsten Tackmann, *Frauenpolitische Sprecherin*

Panel 1

9.30 Uhr Friedensinitiativen in Palästina und Israel: Erfahrungen und Perspektiven

Moderation Monika Knoche, *Leiterin des Arbeitskreises Internationale Politik*

International Women's Commission for a Just and Sustainable Israeli-Palestinian Peace

Amal Khreishe, *Direktorin der Palestinian Working Women Society for Development*

Coalition of Women for Peace in Israel

Inna Michaeli, *Vorsitzende der Coalition of Women for Peace in Israel*

11 Uhr Kaffeepause

Panel 2

11.30 Uhr Friedensengagement und Visionen der Mizrachim Frauen und israelischen Palästinenserinnen

Moderation Prof. Dr. Norman Paech, *Außenpolitischer Sprecher*

Friedensengagement aus feministischer Mizrahi Perspektive Erfahrungen und Herausforderungen

Shula Keshet, *Direktorin von Achoti - für Frauen in Israel*

Friedensengagement und Visionen der israelischen Palästinenserinnen

Nabila Espanioly, *Direktorin von Al Tufula*

13 Uhr Mittagessen

Panel 3

14 Uhr Friedenspotenziale von Frauen in Palästina und Israel unterstützen und fördern: UN-Resolution 1325

Heidi Meinzolt, *Mitglied der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF)*; Amal Khreishe, *Direktorin der Palestinian Working Women Society for Development*

Moderation Dr. Kirsten Tackmann, *Frauenpolitische Sprecherin*

15.30 Uhr Kaffeepause

Panel 4

16 Uhr Politikempfehlungen an DIE LINKE

Moderation Prof. Dr. Karin Kulow, *Mitglied im Arbeitskreis Naher und Mittlerer Osten DIE LINKE*

Anregungen und Vorschläge der Referentinnen und Teilnehmerinnen

Stellungnahme Dr. Kirsten Tackmann, *Frauenpolitische Sprecherin*

Stellungnahme Monika Knoche, *Leiterin des Arbeitskreises Internationale Politik*

18 Uhr Abschluss

18.15 Uhr Empfang im Restaurant „Merhaba“

3. Kurzbiographien der Referentinnen aus Israel und Palästina



Nabila Espanioly,
Palästinenserin
aus Israel,
Direktorin Al-Tufula

Nabila Espanioly gründete 1989 das pädagogische Mehrzweck-Frauzentrum in Nazareth Al-Tufula. Sie ist Gründungsmitglied des in Haifa ansässigen Mossawa-Zentrums zur Förderung der Rechte arabischer Bürgerinnen und Bürger in Israel. Im Jahr 2003 erhielt Nabila Espanioly in Anerkennung ihrer Bemühungen um die Förderung des Friedens und der Menschenrechte im Nahen Osten den Aachener Friedenspreis. Sie hat mehrere Bücher und Artikel über palästinensische Frauen in Israel, Gewalt gegen Frauen, Frauen in den Medien und die politische Partizipation von Frauen geschrieben.



Amal Khreishe,
Palästinenserin aus
dem Westjordan-
land, Direktorin
Palestinian Working
Women Society for
Development

Amal Khreishe engagiert sich seit Jahren für Frauenrechte, Demokratisierung und soziale Gerechtigkeit in den Palästinensischen Gebieten. Sie ist eine der führenden Sprecherinnen der palästinensischen Frauenbewegung. Amal Khreishe ist federführend an der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen beteiligt. In verschiedenen Gremien hat sie sich für die stärkere politische Partizipation von Frauen auch an Friedensverhandlungen eingesetzt. 2006 kandidierte sie bei den Parlamentswahlen auf der Palestine Independent List. Amal Khreishe ist Mitbegründerin von Initiativen, die sich gemeinsam mit israelischen Frauen gegen die Besatzung und für Frieden einsetzen.



Shula Keshet,
Israelin mit
iranischen Wurzeln,
Direktorin Achoti

Shula Keshet ist Mizrachi (Der Begriff „Mizrachi“ - „östlich-“ ist eine Bezeichnung für die aus arabischen und muslimischen Ländern stammenden Juden und Jüdinnen), Feministin, politische Aktivistin, Künstlerin und Kuratorin sowie Geschäftsführerin der Organisation Achoti (Schwester) - für Frauen in Israel. Achoti wendet sich hauptsächlich an Frauen mit niedrigem Einkommen aus sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Shula Keshets wichtigste Anliegen sind die Förderung der Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten von Frauen und der Dialog zwischen jüdischen und arabischen Frauen.



Inna Michaeli,
Israelin mit
russischen Wurzeln,
Koordinatorin
Coalition of Women
for Peace

Inna Michaeli kam 1992 aus St. Petersburg nach Israel. Durch ihre Arbeit in der Aktionsgruppe Black Laundry - „Lesben und Schwule gegen die Besatzung und für soziale Gerechtigkeit“ - kam sie mit den brutalen Ausprägungen der strukturellen Unterdrückung der Palästinenserinnen und Palästinenser durch den israelischen Staat in Berührung. Seit 2002 engagiert sie sich im Kampf gegen die Mauer zwischen Israel und den Palästinensischen Gebieten und für das Ende der israelischen Besatzung der West Bank und des Gazastreifens. Sie fordert gleiche Rechte für jüdische und palästinensische Bürgerinnen und Bürger. Seit 2004 ist sie Mitglied der Coalition of Women for Peace (CWP).

4. Frauen engagieren sich für Frieden in Israel und Palästina: Erfahrungen, Herausforderungen und Hoffnungen

4.1. Stellungnahmen zum Krieg in Gaza im Dezember 2008 und Januar 2009: Wie sehen Friedensaktivistinnen ihre Rolle? Welche Erwartungen haben sie an die internationale Gemeinschaft?

Inna Als die israelische Luftwaffe am 27. Dezember mit der Bombardierung des Gazastreifens begann, war für uns sofort klar, dass wir auf die Straße mussten. Innerhalb von vier, fünf Stunden, am gleichen Samstag noch, hatten wir abends über tausend Leute zusammen, die auf den Straßen von Tel Aviv demonstrierten und vor dem Verteidigungsministerium protestierten, wo gleichzeitig Premierminister Ehud Olmert eine Pressekonferenz abhielt, um die Morde zu rechtfertigen. Ich glaube, es waren schon am ersten Tag über hundert Menschen umgekommen. Jeden Tag haben wir Aktivitäten organisiert: Mahnwachen und Protestveranstaltung in Haifa, Jerusalem, Nazareth und Tel Aviv. Wir haben sehr eng mit anderen Friedensorganisationen in der Zivilgesellschaft Israels zusammengearbeitet und tun das immer noch. In dieser Kriegssituation ist es ein bisschen schwierig, rational über Nichtregierungsorganisationen nachzudenken, wer in so einem Zustand welche Solidarität übernimmt, sowie Fragen der Zielgruppen und Methoden zu diskutieren. Die Menschen werden umgebracht. Natürlich sind wir auf die Straße gegangen. Wenn deine politischen Handlungen von so starken Gefühlen wie Schmerz, Wut, Sorge, Leidenschaft und Ärger motiviert sind, dann kann das oft sehr viel stärker sein, als wenn wir einfach stundenlang da sitzen und theoretisch darüber nachdenken, wie unsere politische Strategie ist und was unsere Richtlinien sein sollen. Zunächst war klar, dass wir auf die Straße gehen und dass wir so viele Leute wie möglich mobilisieren mussten. Wir wollten natürlich die Medien erreichen. Ich muss sagen – ich weiß nicht, aus irgendeinem Grund –, vielleicht weil unsere Gesellschaft militaristischer ist als vor zwei Jahren, war es für uns viel leichter, in die israelischen Medien zu kommen, als es zum Zeitpunkt des zweiten Libanon-Krieges war. Jeden Tag erscheinen Artikel und Stimmen gegen den Krieg. Auch die Menschen auf der Straße sind viel mehr geworden, und es geht auch viel schneller, sie zu Protesten gegen die Ermordung von Hunderten von Menschen zu mobilisieren. Sie wissen, dass Gewalt nichts lösen wird. Es ist sehr wichtig für uns, in die Medien zu kommen, zu zeigen, dass es eine andere Stimme in Israel gibt, und so viel Opposition wie möglich zu mobilisieren. Gleichzeitig – das werdet ihr verstehen – reichen natürlich einige Artikel und Aktivitäten nicht, um viele Jahre der Sozialisierung durch eine sehr militaristische Gesellschaft zu überwinden, wenn einem sehr starke Kräfte gegenüberstehen.

Amal In diesen zwei Tagen in Deutschland habe ich festgestellt, dass das Thema sehr kurz abgehandelt

wird. Die Medienberichterstattung ist sehr pro-israelisch, nicht objektiv. Wir haben gedacht, dass wir vielleicht von engagierten Frauen auf der internationalen Bühne Hilfe bekommen könnten. Wir israelischen und palästinensischen Frauen können diesen Konflikt einfach nicht alleine lösen. Wir brauchen die internationale Gemeinschaft und ihren politischen Willen, schließlich geht dieser Konflikt auch auf den politischen Willen der internationalen Gemeinschaft zurück.

Daher haben wir die Internationale Frauenkommission für einen gerechten und nachhaltigen israelisch-palästinensischen Frieden gegründet. Hier haben wir auch gezeigt, dass wir eine ganz andere Vorstellung und Definition von „Sicherheit“ haben als diese militarisierten Kommandeure und politischen Führungspersonen. Wir sehen Sicherheit nicht nur als territoriale Sicherheit. Wir haben „geographische Sicherheit“ mit „menschlicher Sicherheit“ verbunden. Menschliche Sicherheit bedeutet den Schutz der Menschenrechte, Geschlechtergleichheit und Frauenförderung, Zugang zu Bildung und sozialen Dienstleistungen und all den anderen Rechten, die in Konventionen und Resolutionen der UNO verankert sind. Wir wollten uns hierauf und auf den ganzen Diskurs der Vereinten Nationen beziehen und sie entsprechend unserer Erfahrungen als Feministinnen, die an Prozesse und Verhandlungen glauben, weiterentwickeln. Wir möchten unsere demokratischen Prozesse entsprechend unseres Verständnisses von Menschenrechten vorantreiben. Wir dachten, dass wir als Frauen anders funktionieren, eine andere Perspektive als diese verrückten militärischen Kommandeure haben, die Krieg gegen Frauen und Kinder führen. Deswegen haben wir UNIFEMME als Teil der internationalen Frauenkommission für einen gerechten und nachhaltigen israelisch-palästinensischen Frieden mit einbezogen. Wir Palästinenserinnen haben gesagt, dass die UNO ihrer internationalen Verantwortung für die palästinensischen Frauen unter Besatzung nachkommen und auch die Friedensstimmen in Israel unterstützen muss. Friedensaktivistinnen haben auch in Israel sehr viele Schwierigkeiten. Wir wissen nicht genug von diesen Stimmen, von Protesten in Israel gegen den Krieg, wie z.B. der Initiative in Sderot. Wer weiß von den tausenden unterschiedlichen Initiativen, die die israelische Regierung auffordern, den Krieg zu stoppen und in einen anderen Verhandlungsprozess mit den Palästinensern einzusteigen?

Shula Diese Veranstaltung findet in einer sich extrem schnell verändernden und explosiven Zeit für die israelische und palästinensische Gesellschaft statt. Wie jedoch meist bei solchen Konflikt-Szenarien der Fall, werden die einzigartigen Herausforderungen für Frauen außerhalb der führenden politischen und sozio-ökonomischen Schichten übersehen und die besonderen Notlagen der Frauen oftmals ignoriert. Ich hoffe, dass ich heute ein Licht auf die unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten von Frauen in Israel

werfen kann. Diese ethnische und kulturelle Vielfalt wird in Diskussionen über die israelische Gesellschaft meist ungenügend berücksichtigt.

Ich glaube, dass vielfältige Beziehungen zwischen den unterschiedlichen ethnischen und religiösen Gemeinschaften notwendig sind, um Frieden und Verständnis zu fördern und überhaupt erst zu begründen. Wir [Achoti] und unsere Partnerorganisationen, auch wenn wir ein breites politisches Spektrum vertreten, haben öffentlich die Bombardierungen Gazas und den Gebrauch von Mordwerkzeugen auf beiden Seiten verurteilt. Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand. Das Morden darf keine Option, Gewalt keine Strategie sein. Stattdessen müssen wir anfangen, eine Gesellschaft des Friedens aufzubauen, in der jedes Individuum, männlich oder weiblich, Erwachsene und Kinder, ein sicheres Leben in persönlicher, sozialer und ökonomischer Hinsicht führen kann. Der höchste Preis in diesem Konflikt wird von den Frauen und anderen marginalisierten Gruppen bezahlt. Jetzt, wie auch in der Vergangenheit, wurden diese Gesellschaftsgruppen übersehen und ausgeschlossen. Sie werden nur als Zahlen in Statistiken wahrgenommen und als machtlose Spieler in den dominanten Diskursen.

Nabila Das individuelle Leiden der Menschen ist gleich. Wir können nicht sagen, die Mutter eines gestorbenen palästinensischen Kindes leidet mehr als die Mutter eines gestorbenen jüdischen Kindes. Beide sind Mütter und beide leiden. Individuelles Leiden ist vergleichbar. Jede hat Empfindungen und für jede ist es schlimm. Aber die kollektive Verantwortlichkeit kann man nicht gleichsetzen. Man kann nicht die israelische Staatsgewalt und Armee mit der Widerstandsbewegung oder einem kleinen Teil der Widerstandsbewegung gleichsetzen! Ganz abgesehen davon, dass ich auch der Meinung bin, dass Kriege und Gewalt nie eine Lösung sind. Wenn wir von Frieden sprechen, müssen wir auch genau hinschauen, was Frieden bedeutet. Frieden bedeutet nicht ein Friedensabkommen.

Betrachten wir zum Beispiel die Initiative der tausend Friedensfrauen, die für den Friedensnobelpreis nominiert wurden. Ich wurde in Israel als eine von diesen Friedensfrauen ausgewählt. Die Friedensfrauen wurden aus allen politischen Spektren gewählt: Es sind Frauen, die sich gegen Armut, gegen Entmachtung, gegen sexuellen Missbrauch von Frauen und Mädchen und gegen ihre Diskriminierung engagieren. Das ist für mich feministischer Frieden. Meine Vision ist, dass Israel eine Gesellschaft wird, in der es möglich ist, alle Formen von Sexismus und Rassismus zu eliminieren. Der Weg dahin ist weit und deshalb brauchen wir Euch alle.

Shula Zuerst einmal möchte ich um Erlaubnis bitten, auf das einzugehen, was Nabila gesagt hat. Also, ich habe nicht versucht gleichzusetzen. Natürlich kann man das nicht. Ich möchte eine Mizrahi-Feministin, eine Freundin von mir, zitieren. Ihre Eltern sind in Aschdot und sie sagt, dass ihre Mutter jedes Mal, wenn eine Rakete auf ihre Nachbarschaft niedergeht, große Angst hat. Es ist für sie wie ein Stich ins Herz, wenn sie

sieht, in welcher Situation sich ihre Familie befindet. Dann erinnert sie sich aber auch sofort an den Genozid in Gaza. Was ich sagen möchte ist, dass ich persönlich gegen jede Art von Gewalt bin. Ich glaube nicht, dass Gewalt uns zu irgendeiner Lösung führen kann. Ich glaube, dass das eine Aussage ist, die von Feministinnen kommen muss. Denn Gewalt kommt – Entschuldigung, dass ich das so ausdrücke – normalerweise von Männern. Ich fühle mich manchmal wie ein Werkzeug in einem männlichen Spiel. Ich glaube, dass es an der Zeit ist, sich gegen die Gewalt zu stellen.

Vielleicht sollte ich hier auch hinzufügen, dass es nicht genügt, Frau zu sein. Zipi Livni zum Beispiel versucht, schlimmer als Barak und Netanjahu zu sein, um ihre Stärke zu demonstrieren. Natürlich ist daran eigentlich überhaupt nichts stark. Es geht also vielmehr um eine feministische Agenda. Es geht auch um den persönlichen Hintergrund. Es ist sehr wichtig, dass alle Resolutionen von Frauen mit unterschiedlichen nationalen und ethnischen Hintergründen unterstützt werden und nicht nur von weißen Frauen. Also, dass eben auch die anderen – die Minoritäten von Frauen – Stimmen haben und diese Resolution mitschreiben. Denn sonst können wir diesen Kreislauf des Systems nicht unterbrechen.

Amal Mir ist noch ein anderer Punkt wichtig: die Dokumentation. Wir müssen Israel rechenschaftspflichtig machen. Dazu müssen wir alle Menschenrechtsverletzungen dokumentieren und sie an Menschenrechtsorganisationen und die internationalen Friedensbewegungen schicken, damit sie diese Dokumentation nutzen, um den israelischen Staat im internationalen Rechtssystem endlich zur Rechenschaft zu ziehen für die Verletzungen der Menschenrechte der palästinensischen Bevölkerung. Dann erst können israelische Staatsmänner oder -frauen wie Livni oder Generäle, die diese Kriegsverbrechen gegen die Palästinenser geplant und ausgeführt haben, verfolgt werden.

4.2. Friedensengagement palästinensischer und israelischer Frauen: Was motivierte sie, sich für Frieden zu engagieren? Wie arbeiten sie zusammen?

Inna Deswegen ist es auch für uns wichtig – und das ist vielleicht im Moment das aller Wichtigste –, unsere Opposition und unsere Proteste für die internationale Gemeinschaft wirklich sichtbar zu machen. Gleichzeitig weiß ich, dass viele Organisationen auf der ganzen Welt und die Friedensbewegungen Tag und Nacht arbeiten, um die Realität im Nahen Osten zu verändern. Es ist nicht so, dass die Leute dasitzen und darauf warten, dass wir sagen: „Was hier passiert, ist absolut falsch, und es ist jetzt die Zeit gekommen, dass ihr etwas dagegen tut – aus unterschiedlichen Gründen und unterschiedlicher Verantwortung.“ Ich denke, es ist sehr wichtig zu sehen, wie wir Euch nützlich sein können. Wie wir für die unterschiedlichen Formen der politischen Arbeit auf internationaler Ebene von Nutzen sein können, das gilt allgemein, aber insbesondere jetzt, um den Krieg zu beenden. Wenn man sich anschaut, was wir praktisch gemacht haben: Wir haben natürlich viele Netzwerke

aktiviert, z.B die „Frauen in Schwarz“, Menschenrechtsmärsche usw. Es ist wichtig, dass wir als Teil des globalen Kampfes so präsent wie möglich sind.

Amal Wir Frauen waren der erste Sektor in der palästinensischen Gesellschaft, der sich für Frieden eingesetzt hat. Vielleicht aus historischen Gründen, da wir Frauen nicht Teil der patriarchalischen politischen Führung sind. Vielleicht liegt es auch daran, dass wir nicht direkt in den politischen Fraktionen vertreten sind - so wie die Männer. Seit vielen Jahrzehnten war es unsere Rolle, die Kämpfer, also die Männer, zu unterstützen und uns mehr darauf zu konzentrieren, die Familie und den Haushalt zusammenzuhalten. Das entsprach der geschlechtlichen Rollenaufteilung in unserer patriarchalischen Gesellschaft. Aber in der ersten Intifada 1987 sind Frauen anders aktiv geworden. Denn diese Intifada war so strukturiert, dass Frauen auch aktiv daran beteiligt waren und zwar mit den gleichen Mitteln wie Männer. Alle Medien in der ganzen Welt haben die Partizipation von Frauen im politischen Kampf zum Thema gemacht. In dieser Intifada haben wir unsere Fähigkeiten und unser Recht, an Entscheidungen beteiligt zu werden, entdeckt. In dieser Zeit haben wir unsere Geschlechteridentität entwickelt. Es gibt Bücher und Theorien zu Feminismus. In Palästina hatten wir das kaum. Wir haben von unserer eigenen Erfahrung gelernt. Wir haben unsere Augen geöffnet und uns die feministische Entwicklung in der ganzen Welt, insbesondere in der arabischen, angeschaut. Wir haben uns gefragt: „Welche Garantien haben wir als Frauen, nach der Befreiung weiterhin gleiche Rechte zu haben? Werden wir die gleiche Erfahrung machen wie die algerischen Frauen nach dem Ende des nationalen Kampfes und nach dem Erreichen der Unabhängigkeit?“ Zwischen uns und den politischen Parteien war eine große Kluft, denn die politischen Parteien sind männlich orientiert und reflektieren genau die patriarchalischen Strukturen der Gesellschaft. Natürlich ist es unser Recht, uns zu widersetzen, Steine zu werfen und uns in Demonstrationen zu organisieren. Wir haben uns wirklich mit unseren Händen engagiert als Widerstandskämpferinnen. Wir haben die Fahne hoch gehalten. Viele Frauen sind gestorben. Wir haben Familien darin unterstützt zu überleben. Wir mussten uns um das eigene Überleben kümmern, die Gemeinschaft organisieren, alternative Bildung und Gesundheitsversorgung anbieten. Alle Schulen und Universitäten waren geschlossen. Das öffentliche Leben war zum Stillstand gekommen. Unsere Rolle stand zu dieser Zeit im Widerspruch zu der traditionellen Rolle in der Familie. Es war klar, dass wir unsere Stimme erheben und darauf bestehen mussten, unsere Wahrnehmung des Konflikts zum ersten Mal in die öffentliche Debatte einzubringen.

Wir nahmen Beziehungen mit israelischen Frauen auf, die gegen den Krieg und gegen die Besatzung waren und die sich für eine friedliche Lösung des Konfliktes einsetzten. 1989 gab es zum ersten Mal ein Treffen von israelischen und palästinensischen Frauen in Brüssel. Damals brachen die israelischen Frauen das Gesetz, denn zu jener Zeit war es so, dass jeder Israeli, der

sich mit Palästinensern und Palästinenserinnen traf, gegen das Gesetz handelte. Damals wurde die PLO ja noch als Terrororganisation bezeichnet. Diese mutigen Frauen kamen also zu der Sitzung und wir haben eine erste gemeinsame Stellungnahme in der feministischen Friedensbewegung veröffentlicht. Unser erster Grundsatz bezog sich auf das Recht auf Selbstbestimmung der Palästinenserinnen und Palästinenser.

Unser zweiter Grundsatz war, dass ohne einen souveränen palästinensischen Staat, ohne eine Zivilgesellschaft und ohne Demokratie in beiden Staaten, Frauen nicht würden in Frieden leben können. Wir haben über das Recht der Palästinenser und Palästinenserinnen gesprochen, einen unabhängigen Staat auf der Basis einer Zwei-Staaten-Lösung zu gründen, entsprechend der Grenzen von 1967. In der palästinensischen Gesellschaft wurden wir damals als Kollaborateure behandelt. Das war nicht leicht. In der Folgezeit kamen öfter israelische Friedensaktivistinnen zu uns und auch zu Familien, die in dem Konflikt einen Menschen verloren hatten. Wir sprachen über unsere gemeinsame Verantwortung und sie nahmen an unserem Leid teil. Manche Leute haben damals zum ersten Mal Israelis anders erlebt.

Es gibt Geberorganisationen und internationale Organisationen, die es gerne sehen, dass wir zusammenarbeiten. Sie betrachten das als „Projekt“ aus einem bestimmten Blickwinkel heraus. Für uns aber ist es kein „Projekt“, sondern ein Prozess. In diesem Prozess darf niemand ignoriert werden, dass wir es mit einer Asymmetrie zu tun haben, wenn wir die Friedensfrauen in Israel und die in Palästina betrachten. Für uns Palästinenserinnen ist es eine Frage von Sein oder Nicht-Sein. Für eine israelische Frau ist das anders. Israelische Frauen engagieren sich im Friedensprozess, weil sie ihre Lebensqualität verbessern möchten. Sie möchten Sicherheit haben. Das ist natürlich absolut legitim. Sie stehen aber nicht wie wir unter Beschuss, denn wir sprechen hier über eine Besatzung, die alle Aspekte, alle Einzelheiten des persönlichen wie auch des öffentlichen Lebens betrifft, die sich überall einmischt. Es gibt schwangere Frauen, die an den Kontrollpunkten vor Soldaten stehen und dort ihr Kind gebären, da sie davon abgehalten werden, ins nächste Krankenhaus zu fahren. Manchmal sterben die Babys an den Kontrollpunkten. Wir haben über hundert Frauen, die durch solche Erfahrungen gegangen sind. Die Soldaten sagen in so einer Situation oft: „Ha, ha, es ist besser, dass dein Baby gestorben ist. Dadurch wird meine Aufgabe einfacher. Wir sind jetzt einen weiteren Palästinenser los.“ So ist die Situation. Das öffentliche Leben ist charakterisiert von Unterdrückung, Siedlungsbau, Landraub, von der Verweigerung der Verantwortung für den Friedensprozess. All das steigert sich immer weiter bis zur Eskalation wie jetzt im Gazastreifen - mit noch mehr Verbrechen, noch mehr Katastrophen, noch mehr Irrsinn in diesem Kreislauf der Gewalt.

Nabila 1980 bin ich nach Deutschland gekommen. Ich wollte eigentlich an der Universität in Haifa Sozialarbeit studieren. Ich musste kämpfen, um einen Platz an der Universität zu bekommen. Als ausgebilde-

te Sozialarbeiterin musste ich eine Arbeit suchen. Als Aktivistin, Feministin, Kommunistin, die einen Kampf für ein besseres Israel führt, konnte das israelische System nicht mit mir auskommen. Es nutzte alle Möglichkeiten des Drucks, um mich von meinem Weg abzuhalten – darunter auch Berufsverbot. Dreimal wurde ich rausgeschmissen aus meiner Arbeit als Sozialarbeiterin. Ich habe immer weitergemacht, bis ich dann eine deutsche Frau getroffen habe, die mir gesagt hat, dass in Deutschland das Studium unentgeltlich ist, und sie sagte: „Warum kommst du nicht nach Deutschland und machst hier dein Studium?“ So bin ich nach Bochum gekommen. 1980 habe ich dort einen Sprachkurs gemacht und 1981 in Bamberg einen Studienplatz bekommen. In Bamberg Kommunistin und Palästinenserin zu sein, hieß gleich, Terroristin zu sein. Das erste Mal, dass ich politisch zu einer Aktivität eingeladen wurde, war 1982, nach dem Massaker in Sabra und Shatila. Es war der Friedensmarsch Berlin – Wien. Das war mein erstes Engagement als Palästinenserin. Ich habe mich auch in Deutschland immer politisch engagiert. Ich war in der Studentenbewegung im MSB-Spartakus aktiv.

1987, als ich nach Israel zurückkam, musste ich eine Arbeit finden, und das war natürlich nicht im israelischen System möglich. Ich habe als klinische Psychologin Arbeit gesucht. Dann hat mich eine Frauenorganisation gebeten, Psychologie zu unterrichten. Das war eine Organisation in Akka, die frühkindliche Erziehung in den palästinensischen Gebieten anbietet. Dort habe ich angefangen. Mit dieser Erfahrung habe ich dann das Zentrum Al Tufula für frühkindliche Erziehung und Frauenförderung in Nazareth gegründet. Um nach Israel zurückzukommen, habe ich den 8. März 1987 gewählt, den internationalen Frauentag. Ich habe mir gesagt, das muss gut sein. Ich habe sofort eine Friedens- und Frauenbewegung gesucht und in Haifa eine Wohnung. Dort bin ich gleich zum feministischen Zentrum gegangen. Das war meine Integration in die feministische Bewegung in Israel, weil wir damals noch keine arabisch-feministische Organisation hatten. Aus dieser Aktivität heraus habe ich dann die arabisch-feministisch-palästinensischen Frauenorganisationen mitgegründet und mitgeleitet. Ich war Mitbegründerin mehrerer Organisationen und ich habe auch im Vorstand mehrerer feministischer Frauenorganisationen gearbeitet. Wir organisierten uns in antirassistischen, antifaschistischen und antisexistischen Bewegungen. „Bewegung“ meint, politische Machtstrukturen zu verändern. Die Machtfrage in der feministischen Bewegung muss thematisiert werden. Macht wird in der patriarchalischen Gesellschaft als Macht über Andere verwendet. Was wir aufzubauen versuchen, ist Macht mit Anderen. Die Frauen in Colour sind für mich beispielhaft. Sie haben dafür gesorgt, dass die originäre Stimme von Frauen gehört wird.

Shula Wir [Achoti] arbeiten auch in Friedensnetzwerken zusammen. Es geht uns dabei darum, eine Gesellschaft des Friedens zu entwickeln. Daher fördern wir mit unseren Projekten auch den Friedensdialog zwischen unterschiedlichen Frauengruppen.

In einem Projekt arbeiten wir z.B. mit Frauen aus unterschiedlichen ethnischen Gemeinschaften in Israel und Palästina. Wir versuchen, den Frauen nicht nur den sozialen Dialog durch die Schaffung von Netzwerken zu ermöglichen, sondern auch ihre wirtschaftlichen und politischen Fähigkeiten zu fördern. Die Philosophie dieses Projektes ist es, die Grenzen der Erinnerung zu brechen. Shanda Mohandri, eine berühmte Feministin, arbeitet daran, farbigen Frauen eine Stimme zu geben und zwar auch im Rahmen der Geschichte Israels. In der ethnischen Separation, die im derzeitigen Konflikt kreiert wird, ist das besonders wichtig. Es geht also darum, alle Personen, die in der Region leben, sichtbar zu machen und sie dazu zu bringen, miteinander zu sprechen, die Stimmen der Minderheiten in Israel laut werden zu lassen und ihre Lebensgeschichten zu dokumentieren. Wir konzentrieren uns in dem Projekt auf kreative multimediale Aktivitäten. In einem ersten Workshop haben die Frauen sich dem Schreiben als Kommunikationsmöglichkeit gewidmet. Ich spreche hier über Frauen, von denen die meisten das Werkzeug des Schreibens noch nie zuvor als Ausdrucksmöglichkeit genutzt hatten. Wir werden auch Techniken einsetzen, die über das traditionelle Verständnis von Literatur hinausgehen, wie Fotos, Sketche etc. Dadurch hoffen wir, am Ende ganz subjektive Selbstporträts zu erhalten. Die Zusammenstellung aller Geschichten wird die traditionellen Grenzen der Erinnerung und der Autobiographie ausdehnen, indem sie in die historische Narrative aufgenommen werden und den Literaturbegriff durch den Einsatz von Multimedia-Kompositionen erweitern.

4.3. Die Rolle der UN-Resolution 1325 für die Frauenorganisationen: Wie wollen Friedensfrauen an der Lösung des Konfliktes teilhaben?

Amal Wir israelischen und palästinensischen Friedensaktivistinnen haben verschiedene Foren und Methoden. Wir haben die Dachorganisation Jerusalem Link gegründet, in der eine palästinensische und eine israelische Organisation vertreten sind. Wir haben uns für die Zwei-Staaten-Lösung und für Jerusalem als gemeinsame Hauptstadt stark gemacht. Wir dachten anfänglich, dass die UN-Resolution 1325 für uns palästinensische und israelische Frauen ein sehr starkes Instrument sein würde, um gemeinsam den Friedensprozess beeinflussen zu können. Im Rahmen der Road Map usw. mussten wir dann aber feststellen, dass die Zeiten der Besatzung und Unterdrückung sich nicht änderten und wir weiter lebten wie zuvor. Wir mussten mit ansehen, wie die Besatzung Gazas sich auf andere Weise fortsetzte und in diesem humanitären Desaster kumulierte. Israel fuhr fort, das Völkerrecht und das humanitäre Völkerrecht zu brechen, und ist seit 1948 nicht dafür zur Rechenschaft gezogen worden. Seit 1948 – sogar schon 1938 – hat David Ben Gurion gesagt, dass er es nicht unmoralisch findet, die palästinensische Bevölkerung umzusiedeln. Die Rechtfertigung der Besatzung und Unterdrückung hat eine lange Geschichte. Als palästinensische und israelische Frauen dachten wir, vielleicht die Tür zum Friedensprozess etwas weiter öffnen zu können. Im

Laufe dieses sogenannten Friedensprozesses haben wir aber entdeckt, dass wir nicht über Frauenbeteiligung am Friedensprozess und an den Verhandlungen im Rahmen der UN-Resolution 1325 sprechen konnten. Wir Frauen wollten ganz genau wissen, was uns auf dem Verhandlungstisch präsentiert würde. Wir konnten nicht einfach teilnehmen und am Verhandlungstisch sitzen, ohne dabei einen internationalen, rechtlichen Bezugsrahmen zu haben. Wir können der US-Regierung nicht vertrauen. Über hundert Mal wurde im Sicherheitsrat das Thema besprochen. In unsere Seelen, in unsere Kinder, in unserer Gesellschaft sind das Leid und die Ungerechtigkeit eingebrannt.

Inna Was die Resolution 1325 angeht, möchte ich ein wenig darüber sprechen, wie der politische Kontext aussieht, in dem wir uns als Frauen und Feministinnen befinden und in dem wir handeln. Ich möchte zunächst ein wenig hinter diese Resolution treten und mich nicht nur auf die Resolution selbst konzentrieren, sondern auch auf das feministische Verständnis dessen, was politische Macht ist. Denn die 1325 ist ein Ausdruck politischer Bewegung, politischen Engagements, feministischer Ideologie, feministischen Kampfes für politische Macht. Aber Politik kann ganz schnell ihre Bedeutung verlieren, wenn wir die Quelle vergessen und das Engagement, das diese hervorgebracht hat. Das unterminiert die Bedeutung von 1325 gar nicht. Aber ich glaube, ohne die Antworten des neuen politischen Kontextes, in dem wir uns bewegen, zu verstehen, wird es nicht möglich sein, diese Resolution effektiv anzuwenden.

Amal In der Internationalen Frauenkommission für einen gerechten und nachhaltigen israelisch-palästinensischen Frieden haben wir hoch qualifizierte und sehr engagierte Frauen, denen wir eine Ehrenmitgliedschaft geben. Die internationale Frauenkommission setzt sich aus 20 palästinensischen, 20 israelischen und 20 internationalen Frauen zusammen. Wir haben sehr viel getan im Bereich der Mobilisierung und Lobbyarbeit mit Entscheidungsträgern, auch in der US-Regierung. Wir haben uns mit Condoleezza Rice und General Nicholson getroffen. Wir haben wirklich sehr viel getan. Wir haben Stellungnahmen zu Annapolis veröffentlicht, in denen wir erklären, dass wir Frauen einen politischen Friedensprozess fordern, der sich auf Ziele konzentriert, mit einem klaren Zeitplan, mit einer internationalen Referenz, die das Völkerrecht sein muss. Das ist unsere Botschaft. Für uns besteht kein Zweifel daran, dass Annapolis nur zu noch mehr Frustrationen und Komplikationen führen wird. Als palästinensische Frauen haben wir es deswegen abgelehnt, uns auf die Resolution 1325 zu berufen, um in die Verhandlungen einbezogen zu werden. Gleichzeitig üben wir aber Druck auf die palästinensische Selbstverwaltung aus, um die Resolution 1325 in den palästinensischen Gebieten umzusetzen, und klären auch in unserer Gesellschaft über sie auf. Wir respektieren die Resolution 1325, denn da wird nicht nur über Verhandlung und Entscheidungsprozesse gesprochen, sondern auch über Geschlechtergleichheit. Die Resolution wurde auf der Basis des Völkerrechts und der Menschenrechte

entwickelt. Alle wesentlichen UN-Konventionen und -Deklarationen, wie die Charta der Vereinten Nationen, die Konventionen zum Schutz der Menschenrechte, die Konvention zum Schutz der Rechte von Kindern, die Konvention zur Eliminierung aller Formen der Diskriminierung gegen Frauen und die Deklaration zur Eliminierung der Gewalt gegen Frauen - alle diese Konventionen und Deklarationen sind in der Resolution 1325 enthalten. Wir müssen an der Durchsetzung all dieser Menschenrechte arbeiten. Wir mobilisieren Frauen, diese Resolution auf andere Art und Weise zu nutzen. Wir als palästinensische und israelische Frauen müssen unseren Fokus in der Arbeit mit dieser Resolution verschieben. Wir müssen eine andere Sicht auf diese Resolution des Sicherheitsrates einnehmen und uns auf Schutz, Rechenschaftspflicht und Verantwortlichkeit sowie Dokumentierung, Kommunikation und Netzwerke konzentrieren.

Inna Es gibt da zwei feministische Richtungen in Israel. Das ist sehr wichtig in Bezug auf die Resolution 1325. Eine ist der liberale Feminismus, das heißt Gleichheit in etablierten Institutionen. Das bedeutet für mich z.B. dafür zu kämpfen, Teil einer Kampfeinheit in der Armee sein zu können und zu zeigen, dass auch Frauen Schulen in Gaza bombardieren können. Aber das ist für mich nicht die Bedeutung von Feminismus und Gleichheit im israelischen System. Für mich heißt Feminismus zu kämpfen, dieses militärische System abzuschaffen. Das bringt uns auch dahin zu fragen: Was bedeutet es, Teil des Parlaments zu sein? Ich kann keine einfache Antwort darauf geben. Für viele Frauen in meiner Friedensgemeinschaft ist es wichtig, Teil des politischen Systems zu sein. Aber ich glaube, für jeden einzelnen von uns ist das immer ein Dilemma. Man kann zum Beispiel an Burma denken. Glaubt Ihr, dass der Feminismus dafür kämpfen möchte, Teil der Militärjunta dort zu sein? Natürlich ist das jetzt wieder sehr schwierig, denn nicht alles, was man in einer Demokratie erwartet, findet man auch vor in Staaten, die sich demokratisch nennen. Das ist sicherlich auch in Deutschland manchmal so und überall anders. Was die 1325 betrifft: Für uns Feministinnen bedeutet, politische Macht zu haben, manchmal Teil des politischen Prozesses zu sein. Aber politische Macht zu haben, kann für uns Frauen manchmal auch bedeuten, nicht da zu sein. Ich möchte nur kurz ein Beispiel für Annapolis geben: Wir, die Koalition der Frauen für Frieden, haben nicht danach gestrebt, in Annapolis teilnehmen zu können. Wir wollten Verhandlungen, die auch die Hamas einschließen, ebenso die wesentliche Frage der Flüchtlinge, die Frage Jerusalems, der Siedlungen und Gazas. Für mich persönlich bedeutet, politische Macht zu haben, nicht nur hierher zu kommen und Amal sehen zu können. Ich repräsentiere Israel. Ich habe mein Interesse und ihr habt euer eigenes Interesse und wir verhandeln jetzt, aber ich komme als Partner im Kampf. Für uns bedeutet das feministische Herangehen an politische Macht, wirkliche Partnerschaft zu entwickeln und nicht nur einfach Teil des militärisch dominierten politischen Systems zu sein. Das heißt nicht, dass wir das boykottieren. Es ist nur eine Frage der Strategie und Taktik. Aber es ist auch ganz wichtig, die Repräsentation der

Frauen zu verstehen und dass es in manchen Fällen effektiver ist, nicht Teil zu sein. Daher würde ich von unseren Partnern und Partnerinnen in der internationalen Gemeinschaft erwarten, uns in speziellen Fällen zu konsultieren, ob die entsprechenden Friedensgespräche - wie Amal gesagt hat - den Frieden unterminieren und noch mehr Unterdrückung unter dem Deckmantel des Friedens bringen. Denn nicht alles, was sich Frieden nennt, ist auch wirklich Frieden.

Was die Frage angeht, an welchen Verhandlungstischen wir sitzen wollen und an welchen nicht: Meine feministische Position ist die, dass es beim Feminismus niemals um Dogmen geht. Es ist nicht so, dass es eine richtige und eine falsche Wahl gibt. Es geht immer um Kompromisse. Denn dem Feminismus geht es immer um das Überleben in der Realität, die sehr antifeministisch und militaristisch ist. Daher ist es nicht dogmatisch gemeint zu sagen: Das sind die Bedingungen, unter denen wir uns an den Verhandlungstisch setzen sollten, und jene sind inakzeptable Bedingungen. Es geht mehr darum, dass man jedes Mal von neuem eine strategische Diskussion führt, wie ich bereits erwähnt habe. Dabei gilt es zu fragen: In diesen ganz besonderen Zusammenhängen - was wäre das Wichtigste oder Mächtigste für uns? Was wäre der Preis, den wir zahlen müssen? Wir müssen das abwägen.

Frauen wie Tzipi Livni und andere, die Israel bei den Vereinten Nationen vertreten, sind nicht das Ergebnis, das wir wollen. Das stößt uns vor den Kopf. Das ist kein feministisches Ergebnis. Tzipi Livni ist sehr traditionell. Sie wäscht das Blut aus den Sachen der Militaristen - vor den Augen der internationalen Gemeinschaft. Das ist nur Augenwischerei. Es ist die gleiche traditionelle Rolle, die Frauen oft innehaben. Die Soldaten kommen nach Hause und dann waschen die Frauen die Sachen. Das ist aber das, was wir überhaupt nicht mehr wollen. Es ist eine strategische Diskussion. Wir wollen nicht dogmatisch herangehen. Wir werden unsere Politik von innerhalb des Establishments machen oder von außerhalb. Wir müssen intelligent, wir müssen klug, wir müssen clever sein.

4.4. Weibliche Identität vor dem Hintergrund des Konfliktes: Wie ist das Spannungsverhältnis von nationaler, ethnischer und feministischer Identität? Wie wird die Reproduktivität der Frauen instrumentalisiert?

Inna Natürlich möchte ich mehr über das sprechen, was in der israelischen Gesellschaft vor sich geht. Denn dort lebe ich. Das ist meine Heimat. Das ist das, was ich kenne. Das ist wichtig. Ich möchte damit beginnen zu beschreiben, wo der Platz der Frauen in der israelischen Gesellschaft ist. Ich glaube, es ist nicht überraschend, dass in militaristischen Gesellschaften unsere Hauptfunktion, nach der wir beurteilt werden, unsere reproduktive Fähigkeit ist. Unsere vorherrschende Rolle im politischen Kontext ist zum Beispiel, die palästinensischen Frauen mit ihrer reproduktiven Fähigkeit als Sicherheitsrisiko sehen

und bei uns jüdischen Frauen die Reproduktivität als nationale Pflicht zu betrachten. Unsere reproduktiven Rechte sind für nationale Interessen zynisch politisiert worden. Das bringt mich zu der Frage: Was ist denn unser Platz in der Politik? Es ist wichtig zu verstehen, dass wir als Bürger und Bürgerinnen in jeder demokratischen Gesellschaft Grundrechte haben. Unsere Rechte sind bedingungslos. Obwohl wir uns natürlich vorstellen, dass das in allen demokratischen Gesellschaften so funktioniert, ist das in Israel nicht der Fall. Da fragt man sich doch: Was ist das für eine Art von Demokratie? Wenn man nach Israel kommt, hören Sie zum Beispiel einen grundlegenden Slogan, der im Bewusstsein der Menschen verankert ist: „Um Rechte haben zu können, muss man seine Pflichten erfüllen.“ Das klingt doch logisch. Es ist sehr überzeugend. Natürlich gehört zu den Pflichten der Militärdienst - für Frauen natürlich Militärdienst und Kinder zu gebären, wenn man jüdisch ist, oder so wenig Kinder wie möglich zu gebären, wenn man Palästinenserin ist. Natürlich heißt das, dass jeder, der nicht zur Armee geht - also bereits die 20 % Palästinenser/innen in Israel - Bürger/innen zweiter Klasse sind. Was nun die Frauen angeht: Es ist sehr wichtig zu verstehen, dass der Militärdienst in Israel keine politische Entscheidung ist, die von jungen Frauen und Männern getroffen wird. Wenn man in Deutschland aufwächst, dann macht man sich Gedanken darüber, zu welcher Hochschule man gehen will. Und in Israel denkt man darüber nach, in welche militärische Einheit man geht. Das ist auf der Bewusstseinssebene ungefähr das Gleiche. Als ich 17 Jahre alt wurde, hatte ich noch keine feste politische Überzeugung. Ich hatte Glück, denn bevor ich wusste, dass ich nicht in die Armee will, wusste die Armee, dass sie mich nicht will. Meinen politischen Weg habe ich durch meine radikal lesbische Politisierung gefunden. Wenn man als lesbische Frau eine Eintrittskarte zur „sozialen Akzeptanz“ haben möchte, dann kann man sagen: „Ich habe meinen Militärdienst geleistet. Ich habe ein Recht auf gleiche Rechte.“ Und als lesbische Frau wäre das wie etwa: Ich habe Kinder. Ich gebäre neue zukünftige Soldaten und damit trage ich zum jüdischen demographischen Wachstum bei. Und natürlich möchte die Mehrheit der Schwulen und Lesben wie jede Minorität gern gesellschaftlich anerkannt werden. Daher ist das der Mainstream-Diskurs der liberalen Schwulen und Lesben in Israel. Ich sehe das natürlich anders, da für mich die Rechte von lesbischen Frauen Menschenrechte sind. Menschenrechte sind bei lesbischen Frauen nicht so wirklich anerkannt. Es gibt aber eben alle möglichen Arten von Menschen. Das ist natürlich im Mainstream-Diskurs der Ent-Menschlichung nicht sehr anerkannt. In derselben Art, wie die Mehrheit der lesbischen Frauen die Position vertritt, „Ich bin Teil der israelischen Hegemonie; ich war in der Armee; ich habe meine Kinder geboren; ich habe Rechte“, gibt es auch radikalere oder, besser gesagt, auf den Menschenrechten basierende Positionen. Diese richten sich gegen alle Formen von Rassismus und Unterdrückung. Eine solche Dynamik möchte ich in den Feminismus in Israel einbringen und ihn entsprechend weiterentwickeln.

Amal Ein wichtiger hier angesprochener Punkt ist das Verhältnis zwischen nationalem Kampf einerseits und sozialem und demokratischem Kampf innerhalb einer nationalen Bewegung andererseits.

Nach der Konferenz von Madrid und der Vereinbarung von Oslo haben wir palästinensische Frauen eine neue Strategie entwickelt: Wir sind an die palästinensische Autonomiebehörde herangegangen, damit sie die palästinensische Unabhängigkeitserklärung von 1988 umsetzt. In dieser Erklärung akzeptiert die palästinensische Führung die Zwei-Staaten-Lösung. In ihr ist auch das Verbot jeder Art der Diskriminierung auf der Grundlage von Geschlecht, Religion usw. festgehalten. Wir fordern die palästinensischen Autoritäten auf, diese Gleichheit umzusetzen und jede Form der Diskriminierung gegen palästinensische Frauen zu beenden. Das ist eine sehr schwierige Aufgabe. Es gibt verschiedene Strategien, das zu erreichen. Wir Frauen entschieden uns dafür, uns auf die Änderung der Gesetze zu konzentrieren. Unsere Strategie ist es auch, Frauen darin zu unterstützen ihre Fähigkeiten zu entwickeln und sich politisch zu engagieren. Wir setzten uns für Veränderung ein, um z.B Schulcurricula zu verbessern, und wir versuchten, das Bewusstsein und Verhalten in Bezug auf Frauenrechte und Geschlechtergleichheit in der palästinensischen Gesellschaft zu ändern. Wir fordern von der Autonomiebehörde, einen palästinensischen Staat auf der Grundlage von Demokratie und der Achtung der Menschen- und Bürgerrechte frei von Diskriminierungen aller Art aufzubauen. - Dazu muss man allerdings sagen, dass wir Palästinenser und Palästinenserinnen aufgrund der Besatzung nicht das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit oder das Recht auf Bewegungsfreiheit genießen. Selbst unser Präsident braucht eine Erlaubnis und muss einen langen Prozess der Sicherheitskoordination durchlaufen, um sich von A nach B bewegen zu dürfen.

In jener Zeit haben wir aber all die heißen Themen besprochen wie z.B. das Familienrecht. Natürlich befanden wir uns schnell in einer Konfrontation mit Hamas und anderen politischen islamischen Gruppen. Am Anfang, als Hamas eine noch nicht so wichtige Bewegung in der Politik Palästinas war, also etwa 1991/1992, als wir über unsere neue Strategie bezüglich der Geschlechtergleichheit gesprochen haben, hat uns Hamas bereits angeklagt: Wir wollten die palästinensische Gesellschaft zerstören, die Normen, die Moral, die Kultur. Wir wollten eine westliche Art der Kultur übernehmen und unsere Kampagnen würden die palästinensische Gesellschaft spalten.

Nabila Ich bin Palästinenserin, geboren 1955, also nach der Gründung des Staates Israel. Ich bin Palästinenserin mit israelischem Pass und israelischer Staatsangehörigkeit. Ich bin keine israelische Palästinenserin. Das ist ein Unterschied. Bevor eine Palästinenserin eine Israelin sein kann, muss Israel eine Transformation durchmachen. Es gibt die individuellen Rechte, wie Shula sie erwähnt hat, aber es gibt auch

die kollektiven Rechte. Ich bin Teil des palästinensischen Volkes. Wir sind die Ureinwohner Palästinas. Ich bin nicht immigriert. Ich war nicht an der Vernichtung von Juden in Europa beteiligt. Ich war nicht an der Gründung des Staates Israel beteiligt. Israel ist zu mir gekommen und muss mit mir fertig werden und nicht ich mit Israel. Das ist ein großer Unterschied, der – wie ich denke – für viele Israelis in meinem Diskurs sehr schwer zu akzeptieren ist. Ich bin aber auch Feministin – vielleicht durch meinen familiären Hintergrund, denn ich wurde als Nummer sieben in einer Familie mit acht Mädchen und zwei Jungen in Nazareth geboren. Als ich geboren wurde, stand die palästinensische Bevölkerung in Israel unter Ausgangssperre. Das war für meine kollektive Erinnerung eine sehr bedeutende Erfahrung. Wenn wir, die ganze Familie, am Sonntag – Sonntag ist unser Feiertag in Nazareth – im Sommer in Tiberius schwimmen gehen wollten, war das immer sehr aufwendig, obwohl Tiberius nur 30 Kilometer von Nazareth entfernt ist. Es gab fast keine Möglichkeit, denn wir brauchten am Anfang eine Genehmigung für diese „Reise“ nach Tiberius. Oft haben wir sie nicht bekommen. Als Kind habe ich mich immer auf den Unabhängigkeitstag gefreut, denn das war der einzige Tag, an dem ich mich frei bewegen konnte. Wir haben uns so darauf vorbereitet: Mein Vater hat immer ein Auto gemietet, um uns alle nach Tiberius zu bringen. Das ist eine kollektive Erinnerung, die wir nicht vergessen. Meine Bildung habe ich natürlich im arabischen Erziehungssystem erhalten, das von dem jüdischen getrennt ist. Es verfolgt aber das gleiche Bildungsziel: die zionistischen und die jüdischen Werte zu stärken. Unsere Bildung ist zwar auf Arabisch, aber mit dem Ziel, uns zu guten Zionisten auszubilden.

Meine politische Bildung war durch diese Erfahrungen und natürlich durch mein Engagement in Nazareth bestimmt. Nazareth ist die größte palästinensische Stadt innerhalb Israels. In Nazareth bin ich in die Familie Espanioly geboren worden, die eine große Familie in Nazareth ist. Die ganze Nachbarschaft heißt Espanioly. Ich brauche in Nazareth nie meine Identität zu erklären. Alle in Nazareth – wie alle arabischen Städte hat auch Nazareth Dorfstrukturen – kennen einander. Ich habe oft gesagt, die kennen mich besser, als ich mich selber kenne. Ich habe meine Großmutter und meinen Großvater nie erlebt, aber wenn ich sage: „Nabila Espanioly“ – „Ah, die Tochter von“ ...– normalerweise war ich die Tochter von Gloria. Meine Mutter heißt Gloria. Wir waren acht Mädchen. In einer patriarchalischen Gesellschaft muss eine Frau Kinder gebären, aber sie soll auch Jungen bekommen. Meine Mutter hat Töchter geboren, bis sie am Ende den Jungen bekommen hat – nach acht Mädchen. Wäre mein Bruder als erster zur Welt gekommen, dann wäre ich vielleicht heute nicht hier. Wie groß war die Freude, als nach acht Mädchen der Junge kam! Aber dies ist keine persönliche Sache. Es ist eine politische Angelegenheit. Wir leben in einer patriarchalischen Gesellschaft; und als patriarchalische Gesellschaft feiern wir die männliche „Erscheinung“. Das hat meine Identität bestimmt. Ich habe als

junges Kind auch erfahren, dass ich, wenn ich ein Doktor wäre, meinen Namen – Espanioly – behalten dürfte. Das hat mein feministisches Dasein auch bestimmt. Damals, als ich angefangen habe, diese Fragen zu stellen, da habe ich natürlich nicht von Feminismus gesprochen. Aber als ich mir zum ersten Mal diese Gedanken gemacht habe, fragte mich eine Freundin: „Hast du auch „Our Bodies, Ourselves“ gelesen?“ Das war damals das Buch in der feministischen westlichen Welt. Und ich sagte: „Nein.“ Und sie sagte: „Aber du sprichst ja wie das Buch!“ Und ich sagte: „Ja, ich habe es selbst gelebt.“ Wie Amal gesagt hat, ich denke, wir sind Feministinnen durch unseren politischen Aktivismus geworden. Ich bin glücklich, in einem Gebiet zu einer Zeit gelebt zu haben, wo die kommunistische Partei in Israel sehr stark innerhalb der arabischen Bewegung war. Das hat meine nationale Identität, aber auch mein Wertesystem beeinflusst.

Als Palästinenserinnen müssen wir auf mehreren Ebenen kämpfen. Wir Frauen sagen, dass wir dreifach diskriminiert sind. Wir sind einmal diskriminiert als Palästinenserinnen, als Teil der palästinensischen Minderheit, zweitens als Frauen in einer militaristischen Gesellschaft. Wir sind drittens auch innerhalb unserer konservativen patriarchalischen Gesellschaft diskriminiert. Und die Strategien, die wir jeweils anwenden müssen, sind sehr unterschiedlich. Wenn wir innerhalb unserer Gesellschaft soziale Veränderung schaffen wollen, brauchen wir weibliche Vorbilder, wir brauchen Frauenförderung, wir brauchen die Partizipation von Frauen in allen Bereichen. Wir müssen die Anschauungen der Männer ändern, wir müssen die Strukturen, die uns die Männer vorschreiben, ändern. Gestern habe ich z.B. von einem Abgeordneten aus der islamischen Bewegung erzählt, der uns nach dem ersten Angriff auf Gaza angerufen hat. Er hat gesagt, die Frauen sollten ihre strategischen Waffen verwenden. Was sind unsere strategischen Waffen? Es ist unsere Gebärmutter. Was kann ich dazu sagen, wenn ich nicht heiraten will und keine Kinder will und eine alleinstehende und respektierte Frau sein will, wenn ich mich weigere, Kinder für den nächsten Krieg zu gebären? Ich will das nicht. Ich bin nicht bereit, das mitzumachen. Es ist meine Wahl. Gleichzeitig steht dieser Abgeordnete am nächsten Morgen da und demonstriert gegen lesbische Frauen, gegen die palästinensisch-lesbische Frauenbewegung, die sich in Haifa organisiert hat, und versucht, uns daran zu hindern, Solidarität mit den Frauen auszuüben. In diesem Moment bin ich natürlich gegen ihn. Ich bin aber auf seiner Seite, wenn wir zum Beispiel zum israelischen Parlament gehen und als Palästinenser in Israel bestimmte Forderungen stellen. Es ist ein sehr schwieriger Kampf. Wir müssen immer hin und her. Ich könnte hunderter solcher Fälle schildern.

Eine Demonstration für Gaza, in Nazareth, wir gehen hin, die Führung steht da, Hand in Hand und führt die Demonstration. Vielleicht gibt es eine Frau, weil wir gerade in den Wahlen sind, und bei der Wahl haben wir in der Partei als 5. eine Frau und die ist in der

Linken Partei (ich spreche über uns, nicht über die Fundamentalisten, sondern über die kommunistisch-liberale Strömung, die aber patriarchalisch ist). Wir haben also 4 Männer am Anfang und die 5. ist eine Frau. Wir haben eine Quote von 25% unter den ersten 10. Für diese Quote haben wir gekämpft. 50% haben wir bisher noch nicht bekommen. Die Frau steht also dort und ich frage mich, soll ich dahinter stehen, soll ich weiterlaufen und nur schreien? Manchmal haben wir bei solchen Demonstrationen Koalitionen von allen Parteien, den Islamisten, den Nationalisten und den Linken. Und keine einzige Frau steht am Anfang. Dann gehe ich nach vorne und sage, ich kämpfe für meinen Platz unter der Sonne. Es ist schwierig, auf mehreren Ebenen zu kämpfen, einmal auf der kollektiven nationalen Ebene, ohne nationalistisch zu werden. Für nationale Rechte zu kämpfen, das ist unser Recht auf Selbstbestimmung. Das muss aber mit Vorsicht geschehen, damit es nicht zum Nationalismus wird. Das ist nicht leicht. Es ist wichtig, immer bestimmte Werte aufrecht zu halten.

Shula Ich habe ein Gemälde meiner Großmutter mit ihrem Schleier gefertigt. Ich denke, es ist wichtig, Euch dieses Gemälde zu zeigen, denn dadurch wird meine eigene Familiensituation deutlich: eine Mizrachi in Israel zu sein. Und es spiegelt auch das Vermächtnis meiner Mutter und meiner Großmutter wider. Diese Frauen sind für mich ein Modell dafür, was es bedeutet Mizrachi-Feministin zu sein. Insbesondere haben sie beide mich ermutigt, meine Arbeit in der Gemeinschaft fortzusetzen. Sie haben mich dazu inspiriert, weiterhin den Mizrachi-Feminismus zu fördern, auch in meiner künstlerischen Arbeit. Ich möchte gerne darüber sprechen, was Mizrachi-Feminismus überhaupt ist. Es ist ein Feminismus, der sich zusammensetzt aus jüdischen Frauen aus östlichen und muslimischen Ländern. Meine Familie kommt aus dem Iran. Es gibt auch Mizrachi aus Syrien, Ägypten und dem Jemen. Es gibt Kurdinnen, Irakerinnen, Marokkanerinnen, Algerierinnen und viele andere. Nach ihrer Ankunft wurden sie oft von den führenden Aschkenasi-Gemeinschaften diskriminiert. Aschkenasi sind die Juden und Jüdinnen aus europäischen Gebieten. Die Mizrachi-Gruppen wurden sozusagen als die Anderen, außerhalb der Gesellschaft und der Politik stehenden Gruppen betrachtet. Viele Perser, Araber usw., die ihre kulturellen und sozialen Verbindungen zu den ursprünglichen Heimatgebieten aufrecht hielten, wurden entsprechend diskriminiert. Mizrachi werden von den Ashkenasi-Juden als primitiv betrachtet. Seit der Gründung Israels kämpfen die Mizrachi um Anerkennung. Wie die meisten revolutionären Bewegungen hat die Mizrachi-Bewegung Strukturen, die von Männern dominiert sind. Die Stimmen von Frauen werden meist nicht gehört, obwohl sie Teil des Kampfes sind. Die Frauen aus diesen Gemeinschaften werden also als Mizrachi und auch als Frauen diskriminiert. Zusammenfassend kann man sagen, dass sie aufgrund ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage vor den gleichen Herausforderungen stehen wie andere farbige Frauen. Der Aschkenasi-Feminismus, der sich in den 80er und 90er

Jahren des letzten Jahrhunderts entwickelt hat, hat andere unterrepräsentierte Gruppen ausgeschlossen, wie zum Beispiel Äthiopierinnen, Palästinenserinnen usw. In den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts haben die Mizrachi-Feministinnen darum gekämpft, eine Stimme zu bekommen und in der Politik und Kultur Israels sichtbar zu werden.

4.5. Arbeitsschwerpunkte der Frauenorganisationen: Welche Prioritäten haben sie? Mit welchen Strategien verfolgen sie sie?

Amal Wir woll[t]en Koalitionen bilden mit demokratischen Kräften und linken Gruppen, um gemeinsame Strategien zu entwickeln und umzusetzen. Wir haben uns verschiedener Strategien und Mechanismen bedient. Wir haben ein Modellparlament organisiert. Im Zuge dieses Modellparlaments haben wir in allen palästinensischen Städten und Dörfern und in den Flüchtlings-Camps den Status von palästinensischen Frauen z.B. im Familienrecht und im Arbeitsrecht und die internationalen Menschenrechtskonventionen diskutiert. Es kam zu ganz schlimmen Konfrontationen mit der Hamas. Niemand hat uns unterstützt, auch die Linken nicht. Wir haben damals erkannt, dass wir uns der Wirklichkeit stellen müssen. Es gibt zwar die palästinensische Unabhängigkeitserklärung und eine Verfassung. Das reicht aber nicht aus. Wir müssen an verschiedenen Fronten kämpfen. Wir müssen die Frauen mobilisieren. Wir müssen Aufklärungsarbeit leisten und das Bewusstsein verändern. Wir müssen Forschungsarbeiten durchführen. Wir müssen gute Modelle nutzen. Wir müssen Anhörungen nutzen, um mehr über den Status arabischer Frauen in den Familienrechtsstatuten in der arabischen Region herauszufinden. In Fragen des Familienrechts sind wir und die Hamas wirklich zusammengestoßen. Sie hat uns angeklagt und versuchte, uns in die Ecke zu drängen. Zu unseren Gunsten sprach, dass wir alle im nationalen Kampf engagiert waren und sie uns somit unsere nationale Verantwortlichkeit nicht absprechen konnte. Durch diese Zusammenstöße mit der Hamas haben wir aber auch unsere Fähigkeiten entdeckt. Wir fühlten die Verantwortung für zukünftige Generationen von Frauen. Wir waren überzeugt, dass gute politische Lösungen alleine, ohne Geschlechtergleichheit und ohne soziale Gleichheit keine positiven Veränderungen für die palästinensische Gesellschaft bringen würden. Daher setzten wir uns mit vielen Aktivitäten entschieden gegen häusliche Gewalt ein. Zum ersten Mal wurden auch in der Öffentlichkeit die sogenannten „Ehrenmorde“ diskutiert. Mehr als 54 Frauen waren damals im Namen der „Ehre“ ermordet worden. Dagegen haben wir dann eine große Kampagne gestartet. Endlich hatten wir das palästinensische Kabinett dazu gebracht, dass es das Strafrecht bezüglich der „Ehrenmorde“ ändern wollte. In den Besetzten Gebieten wird nämlich immer noch das jordanische Strafrecht aus dem Jahr 1965 angewandt. In Jordanien selbst wurde dieses Strafrecht seit 1965 mehrmals geändert. Uns aber hatte die israelische Besatzungsmacht verboten, dieses Recht zu ändern, denn sie instrumentalisiert unser patriarchalisches

System, um die Frauen davon abzuhalten, sich in Politik und nationalem Kampf zu engagieren. Durch den aktuellen Konflikt zwischen Fatah und Hamas haben wir aber erkannt, dass sie uns irgendwie verkaufen werden. Die Nationalisten, Männer, Führer werden die Frauenrechte an die Hamas verkaufen, um Kompromisse zu finden. Man hat dann gehört: „Och, es ist jetzt nicht die Zeit, über das Familienrecht zu sprechen. Die Religion ist ein sehr heikles Thema.“ Wir haben ihnen gesagt: „Aber wir haben eine Verfassung und das jordanische Familienrecht wurde von Menschen gemacht.“

Das jordanische Familienrecht gibt dem Mann das Recht, vier Frauen zu heiraten, polygam zu leben. Dieses Recht bekräftigt die Unterordnung der Frau unter den Mann. Frauen haben nicht das Recht, sich scheiden zu lassen, nur in Ausnahmefällen. Nur in vier Situationen kann eine Frau theoretisch die Scheidung einreichen, aber auch in diesen vier Fällen ist es in der Praxis oft schwer bis unmöglich. Wie z.B. soll eine Frau nachweisen, dass ein Mann eine Geschlechtskrankheit hat oder keine Kinder bekommen kann? Auch sozial gesehen ist es schwierig, da es in der Gesellschaft keine Unterstützung für geschiedene Frauen gibt. Es ist daher wichtig, die Konstruktionen der Geschlechterbeziehungen, so wie sie im Familienrecht verankert sind, zu erschüttern und zu ändern.

Inna Was die Militärdienstverweigerer angeht: Vor einem halben Jahr, da wurden neue Entwürfe herausgebracht. Junge Frauen und Männer sind ins Gefängnis gekommen. Sie haben sich geweigert, eingezogen zu werden. In Haifa gab es Frauendemonstrationen gegen den Krieg. Es wurden junge Frauen eingekerkert. Aus verschiedenen Gründen (ich glaube Gesundheitsgründe) hat eine Frau zwei Tage Freigang aus dem Gefängnis erhalten. Anstatt nach Hause zu gehen, hat sie aber an einer Demonstration teilgenommen. Viele junge Frauen sitzen aber noch eine Gefängnisstrafe ab. Es ist sehr wichtig, diese Frauen zu unterstützen. Wir haben auch 2008 ein neues Profil entwickelt; wir konzentrieren uns darauf, das Recht zu haben, den Armeedienst zu verweigern, anstatt zu sagen: „Geht nicht in die Armee.“ Wir wollen ein eher positives Rollenmodell für Militärverweigerer schaffen. Wir wollten nicht auf diesen dogmatischen Weg zurückgehen: „Wenn man das nicht tut, dann unterminiert man die Gesellschaft, dann schafft man Gefahren usw. und stellt sich außerhalb der Gesellschaft.“ Wir versuchen also auch, einen langfristigen Bewusstseinswandel herbeizuführen. Was bedeutet es, eine gute Person, ein guter Mensch zu sein, ein gutes Familienmitglied zu sein? Ist denn die Weigerung, zur Armee zu gehen, ein Betrug an der Familie? So wird das in der Öffentlichkeit nämlich gesehen. Ich sage das nicht, weil ich glaube, dass die Leute Mitleid oder Verständnis brauchen. Aber ich denke, es ist wichtig, diesen Kontext zu verstehen. Wir versuchen gleichzeitig, das Bewusstsein und die politische Realität zu ändern. Daher brauchen wir auch die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, ohne die eine Verän-

derung der Verhältnisse nicht möglich ist. Die israelische Gesellschaft ist sehr militaristisch. Das Bildungswesen ist entsprechend. Vom Kindergarten an geht es immer nur um das Militär.

Shula Mit unserer Organisation Achoti möchten wir farbige Frauen fördern und ihre Präsenz in der Region unterstützen. Wir Aktivistinnen in Achoti sind Vorreiterinnen gewesen, Themen wie gesellschaftliche Gerechtigkeit in die öffentliche Debatte zu bringen und auch den Aspekt der unterschiedlichen Klassenbehandlung in Israel und in Palästina zu thematisieren. Wir fördern auch Basis-Projekte in sozial benachteiligten Gegenden. Wir konzentrieren uns auf die Geschichten von Frauen und die Diskriminierungen, die sie erfahren haben. Wir schaffen innovative Projekte, die den Frauen ein Einkommen sichern. Wir versuchen, Dialog durch Zusammenarbeit zu fördern. Alle unsere Projekte werden mit Mizrachi-Frauen und anderen marginalisierten Gruppen geplant und implementiert. Achoti hat auch eine Reihe von sozialen Aktivitäten wie zum Beispiel eine Gemeinschaftsküche für Frauen.

Wir haben Projekte, die versuchen, Frauen in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Durch eine weite Verbreitung von Zentren - im Süden von Tel Aviv, Jaffa, in Jerusalem, im Negev, und im Westjordanland und in anderen Gegenden - bekämpfen wir in diesen Gegenden u.a. die hohe Arbeitslosigkeit unter Frauen.

Wir arbeiten auch im künstlerischen Bereich. Wir machen Schreibworkshops. Wir haben Theateraufführungen. Wir organisieren Ausstellungen und Vorträge im Achoti-Haus.

Ein Projekt, das ich noch vorstellen möchte, ist die Schaffung und Unterhaltung eines Netzwerkes zwischen äthiopischen Frauen aus Kiryat in Israel und einer Gruppe palästinensischer Frauen aus Asaria im Westjordanland. Durch dieses Netzwerkprojekt wurde die Möglichkeit der interkulturellen Kommunikation durch das einzigartige Handwerk des Stickens geschaffen. Dieser Workshop nutzt das Sticken als Symbol für Zusammenarbeit dadurch, dass er einen Prozess der Verbindung - auch spirituell - durch das Kunsthandwerk schafft. Ich glaube, dass dieses Projekt und die Partnerschaft, die es zwischen den Frauen aufbaut, ein sehr kraftvoller Prozess sein kann, durch den wir tatsächlich Verbindungen entwickeln können. Benachbarte Gemeinschaften, die traditionell sehr voneinander getrennt sind, können so verbunden werden. Die Stickerei ist verbunden mit Geduld, mit Mitgefühl und Verständnis. Diese Fähigkeiten werden jetzt dahin gerichtet, dieses Netzwerk von Frauen als ein Mittel des langfristigen Prozesses des Friedens zu etablieren. Durch das Sticken wird den Frauen auch eine Möglichkeit gegeben, Geld zu verdienen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass wir die politische, wirtschaftliche und sozio-kulturelle Partizipation farbiger Frauen in Israel und Palästina fördern und ihnen eine Stimme geben. Die ausschließende

Natur des Aschkenasi-Feminismus muss überwunden werden. Wir entwickeln eine Basis, auf der die Frauen zusammen arbeiten und kämpfen können, um Anerkennung und Förderung zu erfahren. So können sie zu einem positiven Beispiel für die innovative interkulturelle Kommunikation in der Region werden.

4.6. Visionen des Zusammenlebens: In was für einem Staat wollen sie leben? Kann Israel gleichzeitig jüdisch und demokratisch sein? Wie können die Palästinenser und Palästinenserinnen ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben? Ist die Zwei-Staaten-Lösung noch praktisch möglich?

Nabila Wir sind marginalisiert, wir sind in der israelischen Gesellschaft an den Rand gedrängt, weil Israel uns nicht als gleichberechtigten Teil ansehen will, weil Israel sich als jüdischen Staat definiert. Darin liegt das größte Problem, denn jüdisch und gleichzeitig demokratisch zu sein, ist nicht möglich. Israel muss sich entscheiden, ob es jüdisch oder demokratisch sein will. Diese Diskussion, die wir innerhalb der israelischen Friedensbewegung und der palästinensischen Bewegung in Israel führen, müssen wir intensivieren. Zurzeit ist Israel demokratisch für die Juden und - wie ich schon mal gesagt habe - für bestimmte Juden, und ist jüdisch für die Palästinenser. Wir Palästinenser erleben Israel nicht als demokratisch, da es eine ethnische Demokratie ist. Eine ethnische Demokratie ist eine Demokratie für die Mehrheit. Für mich bedeutet Demokratie, die Rechte der Minderheiten zu schützen. Wie Inna heute Morgen gesagt hat: In Israel ist es sehr akzeptiert zu sagen: „Ah, Sie wollen ihre Rechte, dann müssen Sie aber auch Ihre korrespondierenden Pflichten erfüllen!“ Welche Pflicht aber ist für ein Kind mit seinem Recht auf Leben verbunden? Es gibt Rechte, denen keine Pflichten gegenüber stehen. Als feministische Palästinenserin denke ich, dass es auch keine zweierlei Rechte geben darf. Ich werde in meiner Gesellschaft für die Rechte aller kämpfen, so zu sein, wie sie wollen und ihr Wahlrecht in Bezug auf ihre Sexualität, Identität und Bildung auszuüben. Das ist bislang in Israel nicht möglich.

Shula Für mich als Mizrachi-Jüdin ist die Frage eines jüdischen Staates sehr komplex. Meine jüdische Erinnerung trägt die Erinnerung an den Holocaust in sich. Und zwar nicht aufgrund meiner eigenen persönlichen Erfahrung oder der Erfahrung meiner Familie, sondern aufgrund von dem, was ich in der israelischen Gesellschaft erfahren habe. Ich möchte mich auch auf das beziehen, was Nabila gesagt hat. Nabila, Du hast gesagt, dass Du im israelischen Staat aufgewachsen bist, aber Unterdrückung erfahren hast. Mir als Mizrachi-Jüdin ging es ähnlich. Ich habe erfahren, dass meine Identität und meine Geschichte komplett ignoriert wurden. Für mich als Israeli - das Salz der Erde, wie es genannt wird - also, um selbst das Salz der Erde zu sein, muss ich eine Aschkenasi werden. Ich muss weiß werden. Ich muss mein Erbe ignorieren. Das hat wirklich zu einem großen Konflikt in mir geführt. Auch für andere Mizrachi war das so,

bis wir verstanden haben, dass wir aufhören müssen, uns für unsere arabische oder iranische Herkunft zu schämen. Aber vor allem ist es so, dass, weil wir Juden und Jüdinnen sind, das zionistische Establishment uns zu einer Form der inneren Unterdrückung gebracht hat, indem es forderte, die Palästinenser und die arabischen Staaten als unsere Feinde anzusehen und damit auch unsere eigene arabische Identität zu negieren. Das hat wirklich zu einem großen Konflikt in uns geführt. Hier liegt die Wurzel des Kampfes der Mizrachi. Der Kampf der Mizrachi ist etwas, was für die israelische Gesellschaft sehr beängstigend ist, denn es bedeutet im Grunde, dass wir die Palästinenser und Palästinenserinnen oder andere Araber und Araberinnen aus der Region nicht als unsere Feinde ansehen. Also, wir sehen sie nicht als unsere Feinde an, denn wir sind ja in diesen Kulturen aufgewachsen. Ich bin nicht nur Jüdin – viele Mizrachi nennen sich selbst jüdische Araberinnen.

Wenn wir darüber sprechen, ob wir einen jüdischen Staat wollen oder einen Staat für alle – um Ihnen die Wahrheit zu sagen, ich habe keine Antwort für Sie parat, denn ich glaube, dass es zuerst einmal problematisch ist in einer Demokratie, einen jüdischen Staat zu haben, der alle Nicht-Juden und –Jüdinnen in Israel unterdrückt. Das bezieht sich auch auf Juden und Jüdinnen, die auf eine Weise wie der Feind aussehen. Ich selbst zum Beispiel sehe aus wie der Feind. Auf der einen Seite ist die derzeitige Situation natürlich sehr, sehr schwierig. Auf der anderen Seite stelle ich aber auch für mich als Frau und Feministin in Frage, ob ich in einem Staat für uns alle leben möchte. Denn was bedeutet das? Es bedeutet, dass ich vielleicht in einem Staat leben würde, der von der Hamas geführt wird, also in einem islamischen Staat. Das ist zumindest denkbar. Dazu muss ich kurz auf die Geschichte meiner Familie eingehen. Wir sind aus Maschhad in Iran emigriert. Maschhad ist eine sehr religiöse Stadt. Die Juden und Jüdinnen dort mussten Muslime werden, um am Leben zu bleiben. Wir haben unseren Judentum behalten. Allerdings muss ich hinzufügen, dass mein Vater in einer muslimischen Schule war. Er kannte den Koran auswendig. Er hatte nie etwas Schlechtes zu sagen über seine Erfahrung im Iran. Er hat den Iran immer vermisst. Ich glaube, alle Iraner sind sehr patriotisch, unabhängig davon, ob sie Juden oder Muslime sind. Wenn wir aber darüber nachdenken, was es tatsächlich bedeutet, einen gemeinsamen Staat zu haben, dann habe ich darauf jetzt im Moment keine Antwort.

Nabila Wenn wir anerkennen, dass Israel mit einem kolonialistischen Hintergrund entstanden ist und dass Israel ein Staat für Juden ist, wir also das Selbstbestimmungsrecht der Juden akzeptieren, dann gibt es ein Problem: Was ist mit dem Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser? Ich bin immer der Meinung gewesen, dass das Selbstbestimmungsrecht sowohl für Juden als auch für Palästinenser nur durch die Zwei-Staaten-Lösung verwirklicht werden kann. Als Internationalistin, als Kommunistin, denke ich allerdings, dass dies nicht unbedingt der endgültige Status

sein muss. Jedenfalls müssen diese zwei Staaten dann irgendwie zusammen leben – und vielleicht kooperieren. Kommen wir dann vielleicht einmal zu einer Situation, wie wir sie jetzt in Europa haben, mit offenen Grenzen? Das Problem ist, dass wir seit 1967, seit der Besetzung der West Bank und Gazas, gekämpft haben. Seit 1948 kämpfen die Palästinenser für ihr völkerrechtlich verankertes Selbstbestimmungsrecht. Gestern wurde im Bundestag erwähnt, dass die sicheren Plätze in Israel schmaler geworden sind. Ich sage, dass das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser immer schmaler geworden ist. Der Teilungsplan von 1947 sah für Israel 49 Prozent und für Palästina 51 Prozent des Landes vor. Weder Israel noch die Palästinenser haben diesen Teilungsplan akzeptiert. Israel heute wurde auf 78 Prozent des historischen Palästinas gegründet. Nach dem Krieg 1967 hat Israel Jerusalem, den Golan und die West Bank besetzt. Heute hat es mehr als 85 Prozent des historischen Palästinas – die Siedlungen in der West Bank nicht mitgerechnet. Noch dazu gibt es eine Mauer um die West Bank. Die Mauer, die Siedlungen, die Siedlerstraßen – früher haben wir uns das als Schweizer Käse vorgestellt. Heute ist es schlimmer als Schweizer Käse. Mit 500 Checkpoints in der West Bank gibt es überhaupt keinen Kontakt mehr zwischen den palästinensischen Städten und Dörfern. Die Checkpoints sind nicht an der Grenze sondern zwischen den palästinensischen Städten und Dörfern. Das macht die Zwei-Staaten-Lösung faktisch unmöglich. Es gibt daher mehr und mehr Leute, die sich für einen gemeinsamen Staat aussprechen. Wie aber können wir in einem Staat das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser verwirklichen? Daher denke ich, dass es die Zwei-Staaten-Lösung sein muss. Meine Angst ist nicht die vor der Hamas. Meine Angst ist die vor den fundamentalistischen Juden, denn die israelische rechtsradikale Armee hat die Macht. Meine Angst ist, dass ich vertrieben werde. Ich habe diese Erfahrung heute in Israel, der einzigen Demokratie im Nahen Osten, gemacht: Ich habe Angst um meine Existenz als Palästinenserin in Israel. Ich bin täglich bedroht von parlamentarischen legalen Forderungen. Herr Liebermann, unser Faschist im Parlament, fordert Tag und Nacht, dass wir transferiert werden. Vor dem Krieg in Gaza konzentrierte sich die ganze Wahlkampagne auf die Frage: „Warum vernichtet ihr nicht Hamas?“ Heute bestimmt die Kampagne gegen die Palästinenser in Israel die Wahl. Die Kampagne, die Liebermann führt, zielt darauf, uns aus dem Land zu vertreiben. Deshalb wurde es zwei arabischen Parteien vor drei Tagen verboten, sich am Wahlkampf zu beteiligen. Aber ich denke: Was wird mit mir? Ich verlasse meinen Platz nicht. Ich werde kämpfen. Ich bin sicher, dass meine jüdischen Mitstreiterinnen weiterkämpfen, damit wir dort bleiben können und dass wir eine bessere Zukunft haben. In dem Interview heute haben sie uns gefragt, ob wir uns besiegt fühlten. Ich sagte: „Wir haben nicht den Luxus zu sagen, dass wir keine Hoffnung haben.“ Wir brauchen die Hoffnung. Mit Eurer Unterstützung können wir diese Hoffnung aufrecht halten. Ich hoffe auf eine bessere Zukunft für alle Menschen im Nahen Osten.

5. Kooperationsmöglichkeiten und Politikempfehlungen an DIE LINKE

Zusammengestellt von Prof. Karin Kulow, Inna Michaeli und Tanja Tabbara

Die anwesenden Vertreterinnen überparteilicher Zusammenschlüsse auf dem Podium wie im Plenum haben das Engagement der Fraktion DIE LINKE für die Förderung eines dauerhaften Friedens zwischen Israelis und Palästinenser/innen ausdrücklich gewürdigt und sich für ein mögliches engeres Zusammenwirken mit der LINKEN ausgesprochen. Offenkundig wird darin eine Chance gesehen, die Einseitigkeit offizieller westlicher Politik im Herangehen an den israelisch-palästinensischen Konflikt besser erschüttern zu können.

An die Adresse der LINKEN wurde die Erwartung gerichtet, ihr bisheriges Engagement beizubehalten und möglichst noch weiter zu verstärken. Dabei sollte das Augenmerk darauf gerichtet werden, noch mehr Frauenstimmen zu Wort kommen zu lassen und sich gegen jegliche Schwarz-Weiß-Malerei zur Wehr zu setzen.

Betont wurde auch, es nicht nur bei Begegnungen bewenden zu lassen, sondern vor allem zu gemeinsamen Aktionen zu kommen.

Folgende Empfehlungen an DIE LINKE wurden unterbreitet:

5.1. Politische Kooperation

Allgemein wurde der Wunsch ausgedrückt, die Zusammenarbeit zwischen der Partei DIE LINKE, der Zivilgesellschaft in Deutschland und Europa mit der Zivilgesellschaft und linken Parteien in Israel und den Palästinensischen Gebieten auszubauen und zu intensivieren. Besonders für die linken Organisationen und Parteien in Israel ist dies wesentlich, um ihre Marginalisierung zu überwinden und zunehmenden anti-demokratischen Tendenzen zu begegnen.

Die Ergebnisse der Shalom/Salam-Konferenz müssten über die Fraktion DIE LINKE auch in den Bundesländern verbreitet werden mit dem Ziel, mehr unterstützende Frauenstimmen auf Bund- und Länderebenen zu gewinnen.

Auf EU-Ebene sollte das Beziehungsgefüge EU-Israel dafür genutzt werden, eine strukturelle Veränderung im israelisch-palästinensischen Verhältnis zu erreichen. So sollte beispielsweise darauf hingewirkt werden, in Brüssel eine Konferenz für Frieden und Sicherheit unter aktiver Mitwirkung von Frauen einzuberufen. Dies wäre ein Weg, um die EU zu einer eigenständigeren und ausgewogeneren politischen Rolle im israelisch-palästinensischen Konflikt zu drängen.

An DIE LINKE wurde herangetragen, in Parlament und mit außerparlamentarischen Aktivitäten kompromisslos gegen alle Formen von Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vorzugehen und Menschenrechte als universal und unteilbar zu vertreten. Für den israelisch-palästinensischen Konflikt dürfe kein anderer Standard gelten. Daher dürfe man sich dabei auch nicht von solchen Angriffen schrecken lassen, die die Geschichte zu instrumentalisieren versuchen, indem jegliche Kritik an israelischer Politik als antisemitisch desavouiert wird.

Auch die zunehmende Politisierung der Entwicklungshilfe und die damit einhergehende Auswahl von Partnerorganisationen, die zum Großteil nicht an der Basis arbeiten, war Gegenstand der Diskussionen. Im Zuge der zunehmenden Militarisierung in Deutschland würde Entwicklungszusammenarbeit immer stärker mit Außenpolitik kombiniert. Dies müsste auch parlamentarisch problematisiert werden.

Die Coalition of Women for Peace in Israel appellierte an die internationale Gemeinschaft, die Website der Coalition zu nutzen, auf der eine Datenbank derjenigen Firmen angelegt wurde, die ökonomisch von der Besatzung profitieren (<http://www.whoprofits.org>). Ökonomische Interessen an der Fortsetzung der Besatzung sind nach Aussagen der Coalition ein wesentlicher Hinderungsgrund für Frieden in der Region. Auch deutsche Unternehmen sind hierbei involviert, sei es dass sie am Bau der Mauer oder am Bau der nur für Siedler bestimmten Straßen beteiligt sind. Die Website kann für Kampagnen gegen diese Involvierung genutzt werden. In Schweden haben solche Kampagnen zu Änderungen im Verhalten der jeweiligen Firmen geführt.

5.2. Stärkere Vernetzung

Referentinnen und Teilnehmerinnen betonten die Wichtigkeit von Netzwerken für Frauen aus der Region und linken Frauen in Deutschland und Europa. Dies sei ein wesentliches Instrument der gegenseitigen Stärkung („Empowerment“). Die Idee eines Vernetzungspools, um Informationen und Ideen („Wer braucht was von wem?“) auszutauschen sowie Kampagnen zu organisieren, fand allgemeine Zustimmung.

Das Internet müsste noch stärker genutzt werden, um frauenspezifische Portale für einen dauerhaften und gerechten israelisch-palästinensischen Frieden zu installieren und überparteiliche Frauennetzwerke wie das Frauennetzwerk für Frieden (www.frauennetzwerk-fuer-frieden.de) stärker heranzuziehen, um Ideen und Know How auszutauschen. Ein Vorschlag hierzu war, einen „Capacity Index“ von Frauen anzulegen, wie es ihn in Israel bereits gibt. Dort wären dann auf deutscher, EU-Ebene sowie in Israel und Palästina

Frauen als Ansprechpersonen mit ihren jeweiligen Kompetenzen und Funktionen verzeichnet.

Teilnehmerinnen sprachen sich dafür aus, über die Mechanismen und Instrumente der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit/IFFF die Ergebnisse und Empfehlungen der Shalom/Salam-Konferenz zu kommunizieren. Die IFFF hat Beraterstatus bei den Vereinten Nationen und IFFF-Mitglied Heidi Meinzolt war als Referentin anwesend. Dabei müssten auch Themen wie Waffenexporte nach Nahost, internationale Strafgerichtsbarkeit und Reparationszahlungen sowie die Geberpolitik thematisiert werden.

5.3. Sozio-kulturelle Kooperation

Teilnehmerinnen und Referentinnen sprachen sich für eine verstärkte sozio-kulturelle Kooperation aus. Hierbei gelte es, Ausstellungen, Demonstrationen, Tagungen und Austauschprogramme sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene zu initiieren. Israelische und palästinensische Teilnehmerinnen betonten die Wichtigkeit, auch weiterhin Stimmen der Marginalisierten aus Israel und den palästinensischen Gebieten in Deutschland vorzustellen. Sie alle empfanden, dass die deutsche Gesellschaft einen Bedarf an Information über die Realitäten in Israel und den palästinensischen Gebieten hat und begrüßten daher alle Formen von edukativen Aktivitäten. Außerdem könne man damit der Schwarz-Weiß-Malerei der Medien entgegenwirken, die die israelische und palästinensische Gesellschaft als jeweils sich gegenüberstehende, aber in sich homogene Gesellschaften darstellten. Wichtig sei dabei auch, nicht nur Akademikerinnen und Künstlerinnen zu Wort kommen zu lassen, sondern auch Frauen mit einem weniger privilegierten Hintergrund. Alle Teilnehmerinnen und Referentinnen drückten den Wunsch nach langfristiger Kooperation aus, die sich nicht in einzelnen Aktivitäten erschöpft.

5.4. Finanzielle Unterstützung für Frauenfriedensorganisationen

Israelische Frauenorganisationen an der Basis, wie auch die Coalition of Women for Peace, benötigen dringend finanzielle Unterstützung. Diese Organisationen arbeiten nicht unbedingt projektbezogen, sondern stoßen langfristige politische Prozesse und Veränderungen an. Viele Geberorganisationen wollen nur Projekte fördern und machen starke inhaltliche Vorgaben, die die NGOs ablehnen, insbesondere was die palästinensisch-israelische Kooperation angeht. Insbesondere EU-Gelder fließen meist in sehr etablierte Organisationen, die professionelle Finanzierungsanträge ausarbeiten aber politisch problematisch sind, indem sie z.B. von israelisch-palästinensischer Kooperation sprechen, aber die Besetzung nicht in Frage stellen.

Aufgrund mangelnder Finanzierung mussten fast alle Frauenorganisationen in Israel im letzten Jahr Angestellte entlassen. Für viele ist es schwierig zu überleben. Inna Michaeli berichtete, dass die Kampagne gegen den Krieg aus dem Nichts gestampft werden musste. Die Arbeit und der Ansatz der RLS in Israel und Palästina fanden sehr viel Lob, da sie Projekte an der Basis unterstützen, die sich für langfristige und grundsätzliche politische Veränderung einsetzen. Alle Referentinnen sprachen sich für die Fortsetzung und Ausweitung dieser Zusammenarbeit aus. Gelobt wurde auch die Urgent Action Fund for Women's Human Rights, eine internationale Organisation, die ebenfalls auf echter Partnerschaft basiert und Frauenorganisationen weltweit bei dringendem Bedarf, wie bei Kampagnen gegen akute Menschenrechtsverletzungen, unterstützt. Diese Art der Zusammenarbeit müsste ausgebaut werden.

6. Gemeinsame Erklärung gegen den Krieg DIE LINKE. Im Bundestag

**Friedensaktivistinnen und die LINKE
fordern gemeinsam:** Legt die Waffen nieder!

Berlin, den 15. Januar 2009

Die Meldung über die Bombardierung des UN-Hauptquartiers und eines Krankenhauses des Roten Halbmondes in Gaza erreichte uns während der Frauen-Friedenskonferenz Shalom/Salam, die die Bundestagsfraktion DIE LINKE mit Friedensaktivistinnen aus Israel, Palästina und Deutschland in Berlin durchführte.

Wir sind tief entsetzt über diese neuste Eskalation der Bombardierungen und der unerträglichen Menschenrechtsverletzungen. Der Krieg hat bereits über 1000 Todesopfer gefordert. Sie sind keine Zahlen, sondern Menschen mit Leben, einer Geschichte, zerstörter Zukunft.

Wir, die Teilnehmerinnen, fordern die Bundesregierung eindringlich auf, die völkerrechtswidrigen Angriffe entschieden zu verurteilen und alle ihr zur Verfügung

stehenden diplomatischen Möglichkeiten zu nutzen für einen sofortigen Waffenstillstand, die Öffnung der Grenzen nach Gaza und das Ende der Besatzung. Sofort müssen Journalistinnen und Journalisten freien Zugang nach Gaza bekommen, damit eine objektive internationale Berichterstattung möglich wird.

Wir fordern von der Bundesregierung, der EU und den Vereinten Nationen ein entschiedenes Handeln, damit der beidseitig gewaltsame Konflikt beendet wird. Angesichts der Verweigerung Israels, internationales Recht anzuerkennen, muss der UN-Sicherheitsrat die Initiative an sich ziehen, damit gültiges Völkerrecht und die Genfer Menschenrechtskonvention durchgesetzt werden.

Die anwesenden Friedensaktivistinnen aus Israel und Palästina fordern die Solidarität der internationalen Gemeinschaft. Sie brauchen dringlich ihre Unterstützung, damit der Krieg beendet wird. Die Internationale Gemeinschaft muss ihre Verantwortung wahrnehmen, damit Frieden und Sicherheit eine Perspektive für alle Menschen in der Region sind.

7. Presseartikel

ZEIT ONLINE, 15. Januar 2009

Krieg in Gaza Wie Frauen in Israel und Palästina um Frieden ringen

Israelis und Palästinenser kämpfen gegeneinander, die Palästinenserin Amal Khreishe und die Israelin Inna Michaeli kämpfen zusammen. Ein Gespräch



Inna Michaeli, Koordinatorin der israelischen Coalition Women for Peace (li.) und Amal Khreishe, Direktorin der Palestinian Working Women Society for Development

Während der Krieg in Gaza weiter tobt, diskutieren in Berlin palästinensische und israelische Friedensaktivistinnen darüber, wie Frieden in der Region möglich werden kann. ZEIT ONLINE hat mit zwei von ihnen gesprochen.

ZEIT ONLINE Sie beide sind als Friedensaktivistinnen tätig, Amal Khreishe im Westjordanland, Inna Michaeli in Israel. Wie haben Sie sich getroffen?

Amal Khreishe Wir haben uns über die Koalition Women for Peace kennengelernt, deren Koordinatorin Inna ist. Wir arbeiten mit vielen israelischen Friedensaktivisten zusammen, außerdem haben wir gemeinsam Kontakt zu einer schwedischen Frauenorganisation.

Inna Michaeli Dadurch hatten wir überhaupt die Chance, uns persönlich kennenzulernen, denn ich als Israelin kann nicht einfach nach Ramallah reisen und für Amal ist es unmöglich, mich in Tel Aviv zu besuchen. Seitdem Krieg herrscht, können wir gar nicht mehr offen kooperieren, der meiste Kontakt passiert heimlich.

ZEIT ONLINE Nun sind Sie beide in Deutschland, weit weg vom Krieg, der Ihre Familien und Freunde bedroht. Wie empfinden Sie das?

Khreishe Auch hier in Deutschland fühle ich mich nicht weit weg vom Krieg, er ist ja omnipräsent in den Medien. Außerdem bin ich hier, um den Palästinenser

ern eine Stimme zu geben und den Menschen in Europa darzulegen, wie man die Katastrophe in Gaza stoppen kann. Wir sind sehr wütend darüber, dass sich der UN-Sicherheitsrat Israel nicht entgegenstellt und die Regierung nicht in die Pflicht nimmt, den Krieg zu beenden. Die ganze internationale Gemeinschaft deckt dieses Verhalten ...

Michaeli ... und legitimiert es dadurch.

ZEIT ONLINE Mit dieser Haltung, Frau Michaeli, dürften Sie in Israel gerade ziemlich alleine dastehen.

Michaeli Ich finde es ziemlich unfair, dass man davon ausgeht, dass israelische Staatsbürger nicht fähig sind, kritisch zu denken - nur weil unsere Regierung versucht, die Opposition ruhig zu stellen, um nach außen Geschlossenheit demonstrieren zu können. Tausende Israelis gehen auf die Straße, um gegen den Krieg in Gaza zu demonstrieren. Selbst in Sderot (die israelische Grenzstadt, die besonders unter dem Beschuss palästinensischer Kassam-Raketen zu leiden hatte, Anm. d. Red.) protestieren Studenten inzwischen gegen die Bombardierung von Gaza. Und man darf natürlich nicht vergessen, dass rund 20 Prozent der israelischen Staatsbürger Palästinenser sind. Somit haben wir sogar eine relativ große Opposition.

ZEIT ONLINE Welche Reaktionen bekommen Sie von Ihren Landsleuten auf Ihren Protest?

Michaeli Vor allem seit Beginn des Gaza-Kriegs werden Leute, die dagegen protestieren, unter Druck gesetzt. Mehr als 200 Menschen sind schon festgenommen oder sogar von zu Hause abgeholt worden. Ich denke, die Regierung hatte eine Reihe von Leuten im Visier und hat nur auf eine Gelegenheit gewartet, gegen sie vorzugehen.

Khreishe Die palästinensische Autonomiebehörde hat den Widerstand im Westjordanland und in Ostjerusalem in der Vergangenheit unterdrückt. Menschen wurden daran gehindert, ihre Bürgerrechte wahrzunehmen, ihre Meinung auszudrücken. Leute wurden während Demonstrationen geschlagen oder festgenommen. Die Autonomiebehörde befindet sich in einer sehr schwierigen Situation. Egal, ob die Hamas in diesem Krieg als Sieger oder Verlierer hervorgeht - der Großteil der Palästinenser wird mit ihr sympathisieren, weil sie Widerstand gegen die Besatzung leistet.

ZEIT ONLINE Wie weit darf dieser Widerstand Ihrer Ansicht nach gehen?

Khreishe Er darf sich im Rahmen des internationalen Rechts bewegen. Ich bin nicht dafür, dass Zivilisten getötet werden. Aber lassen Sie mich offen sprechen: Siedler, die innerhalb der besetzten Gebiete leben,

sind für uns keine Zivilisten. In allen Friedensgesprächen wurde gefordert, dass die Siedlungsaktivitäten zurückgefahren werden. Daher sehe ich Widerstand gegen Soldaten und Siedler als legitim an.

Michaeli Was das Recht der Palästinenser auf Widerstand angeht, stimme ich Dir theoretisch vielleicht zu, aber als Feministin kann ich keine Form der Gewalt akzeptieren. Das internationale Recht unterscheidet zwar klar zwischen Zivilisten und Soldaten, aber in einer hoch militarisierten Gesellschaft wie der israelischen gibt es keinen Unterschied mehr zwischen Soldaten und Zivilisten. Das gilt auch für die Siedler. Viele von ihnen sind zum Beispiel russische Einwanderer. Sie kommen nach Israel und man sagt ihnen: Wir haben eine billige Wohnung für euch, gute Bildungsmöglichkeiten für eure Kinder und Sozialleistungen. Die Regierung benutzt ihre eigenen Bürger als Geiseln.

Khreisha Und was sollen wir tun? Einfach sagen: „Hallo, wir sind gegen eure Besatzung. Geht bitte nach Hause?“ Was erwartet ihr denn? Wenn die israelische Gesellschaft sieht, dass ihre Kinder als Soldaten im Kampf für die Besatzung sterben, werden sie Druck auf die Regierung ausüben.

Michaeli Aber genau dasselbe denkt doch die israelische Regierung bei der Bombardierung von Gaza: Wenn die Zivilbevölkerung leidet, wird die Unterstützung der Hamas sinken. Genau das Gegenteil wird passieren! Mein Standpunkt ist: Es geht nicht darum, ob man Zivilisten tötet oder keine Zivilisten. Ich bin dagegen, dass überhaupt jemand getötet wird. Es ist eine Tragödie, dass 18-jährige Israelis Waffen in die Hand bekommen und Bomben auf Familien werfen. Es ist doch so: Menschen, die unter einer Besatzung leben, werden nie aufhören, Widerstand zu leisten. Ob ich das nun für legitim halte oder illegitim. Es ist einfach eine Tatsache. Deshalb ist es absurd zu sagen: Wir warten, bis der Widerstand aufhört und dann beginnen wir mit Friedensgesprächen. Das wird nie passieren.

Khreisha Wir leisten ja auch nicht Widerstand um des Widerstands willen. Wir brauchen Sicherheit, Sicherheit für die Menschen. Das ist unser Recht. Die internationale Gemeinschaft muss Israel für die Besatzung zur Verantwortung ziehen. Wir erwarten, dass alle Länder, die sich den Menschenrechten verpflichtet fühlen, auch Deutschland, nun einzuschreiten.

Michaeli Wir realisieren auch gerade, wie wichtig es für uns als Opposition innerhalb Israels ist, die Einmischung der internationalen Gemeinschaft und Druck auf Israel zu fordern. Ich möchte klarstellen, dass Israel nicht nur Regierungssprecher hat, sondern eine Zivilbevölkerung, die Solidarität braucht.

ZEIT ONLINE Frau Khreisha, Ihre Organisation hat einen offenen Brief an Frankreichs Präsidenten Nicolas

Sarkozy und den designierten US-Präsidenten Barack Obama geschickt. Was genau erwarten Sie von ihnen?

Khreisha Zuerst müssen die Bombardierungen aufhören. Dann müssen sie Israel als Besatzungsmacht nach internationalem Recht zur Verantwortung ziehen. Der UN-Sicherheitsrat muss Israel auffordern, sich gemäß der UN-Resolution 242 von den palästinensischen Gebieten zurückzuziehen, die es 1967 besetzt hat. Anders wird es keine Chance auf eine Zwei-Staaten-Lösung geben.

Michaeli Wir haben keine Patentlösung und ich persönlich habe auch keine Vision, ob ich in einer Zwei-Staaten-Lösung leben will oder in einem Staat. Ausschlaggebend ist doch, was jetzt passiert. Natürlich muss das Blutvergießen im Gaza-Streifen aufhören und die Besatzung beendet werden. Wir verlangen Verhandlungen mit der Hamas, bei denen das Existenzrecht Israels gewährt werden muss. Aber als Ergebnis und nicht als Voraussetzung für die Verhandlungen. Sonst gibt es keine Chance auf eine Lösung.

ZEIT ONLINE Welche Rolle können Sie als Frauen im Friedensprozess einnehmen?

Khreisha Unsere Gesellschaft ist sehr männlich und patriarchalisch aufgebaut. Wir kämpfen um unseren Einfluss an den Verhandlungstischen - auf beiden Seiten. Leider gab es im gesamten Friedensprozess bisher keinen Raum für unsere Stimme.

Michaeli Wir haben zwar mit Zipi Livni eine Außenministerin, doch sie verkörpert die traditionelle Rolle der Frauen. Mir geht es gar nicht darum, als Frau repräsentiert zu werden, sondern als Feministin. Wir wollen die politischen Strukturen im Land verändern. Wenn Frauen mit der Politik der Militärs kooperieren, ist das für mich kein Fortschritt, sondern eine Peinlichkeit.

ZEIT ONLINE Glauben Sie, ein stärkerer Einfluss von Frauen kann diese Veränderungen bewirken?

Khreisha Auf jeden Fall, das sieht man ja bereits in anderen Ländern. Es ist ein wichtiger Punkt, wenn Frauen ihre Vorstellung von Sicherheit auf den Verhandlungstisch bringen. Damit meine ich nicht geografische Sicherheit, sondern den Zugang zu Bildung und Arbeit, die Einhaltung von Menschenrechten, Würde, Gerechtigkeit.

Michaeli Als Feministin habe ich auch einen ganz anderen Begriff von Grenzen. Wenn wir uns hier treffen, komme ich nicht als Abgesandte Israels. Ich komme als Partnerin im Kampf gegen die Besatzung und für ein besseres Leben in unserer Region.

ZEIT ONLINE Haben Sie Frauen als Vorbilder ?

Michaeli Die Vorbilder werden hoffentlich einmal wir sein!

Das Gespräch führte Carolin Ströbele

Der Frieden im Nahen Osten kommt nicht von allein

Aktivistin aus Nazareth befürchtet Stärkung der Rechten in Israel

Nabila Espanioly ist israelische Staatsbürgerin palästinensischer Nationalität und lebt in Nazareth. 1989 gründete sie das »Frauzentrum Al-Tufula«. Sie ist gleichfalls Gründungsmitglied des in Haifa ansässigen Mossawa-Zentrums zur Förderung der Rechte arabischer Bürger in Israel. 2003 erhielt sie in Anerkennung ihrer Bemühungen um die Förderung der Menschenrechte im Nahen Osten den Aachener Friedenspreis. Mit ihr sprach ND-Mitarbeiter Roland Etzel.



Nabila Espanioly
Foto: ND/Ulli Winkler

ND Zwischen der Hamas und Israel schweigen jetzt schon fünf Tage die Waffen. Wie bewerten Sie das?

Nabila Espanioly Ich hoffe, es bleibt so. Aber das zerstörte Land muss jetzt wieder aufgebaut werden.

ND Wie soll es politisch weitergehen?

Nabila Espanioly Ich denke, die wichtigste politische Frage ist jetzt, wie viel Verantwortung die Europäer und die Amerikaner für die Lage im Nahen Osten übernehmen. Ich bin sicher, Israelis und Palästinenser können das allein nicht schaffen. Zunächst muss es eine internationale Hilfsaktion für die Menschen geben. Gleichzeitig müssen die Verhandlungen fortgesetzt werden.

ND Glauben Sie, dass dieser Krieg in Israel das Verhältnis zwischen seinen arabischen und jüdischen Bürgern verändert hat?

Nabila Espanioly Das denke ich schon. Der Krieg hat die Beziehungen beeinträchtigt. Die rechten Kräfte haben Positionen gewonnen. Und deshalb werden jene Stimmen lauter, die diese Beziehungen noch weiter verschlechtern wollen. Ich bin sicher, die allgemeine politische Lage zurzeit ist nicht gut für mehr Anerkennung der Palästinenser als gleichberechtigte Bürger innerhalb Israels. Im Gegenteil, es

wird versucht, uns aus dem gesamten demokratischen System herauszudrücken. Zum Beispiel sollen zwei arabische Parteien von der kommenden Wahl ausgeschlossen werden. Ich denke, so etwas beeinträchtigt die Beziehungen zwischen den Bürgern innerhalb Israels erheblich.

ND Außenministerin Zipi Livni hat kürzlich erklärt, wenn es eine Zwei-Staaten-Lösung gibt, dann wäre sie dafür, dass alle Palästinenser in jenem für sie zu schaffenden Staat leben, auch die israelischen. Das würde bedeuten, auch Sie müssten dann Israel verlassen.

Nabila Espanioly Ich denke, das ist eine rassistische Aussage. Ich wohne hier in meinem Heimatland, Nazareth war und bleibt immer meine Heimatstadt, ich werde sie nicht verlassen. Nazareth und alle arabischen Dörfer und Städte hier ringsum existierten schon lange, bevor Livni oder ihre Vorfahren hierherkamen. Wir haben eine Geschichte, und wir sind Teil von diesem Land und seiner Geschichte.

ND Meinen Sie, dass eine derartige Aussage vielleicht nur eine der in Wahlkämpfen üblichen Überspitzungen ist?

Nabila Espanioly Solche rassistischen Aussagen müssen überall in der Welt sehr, sehr ernst genommen werden. Ich habe kein anderes Land, meine Familie ist seit mindestens 2000 Jahren hier. Wir haben eine Geschichte als Palästinenser, als Christen, als Araber. Nazareth ist eine der ältesten Städte der Welt, in der meine Familie tief verwurzelt ist. Mein Recht, hier zu leben, ist nicht von Zipi Livni gekommen, und sie kann es auch nicht in Frage stellen.

ND Sind Sie trotzdem für eine Zwei-Staaten-Lösung?

Nabila Espanioly Als Palästinenser und als Friedensaktivisten innerhalb Israels arbeiten wir schon lange Jahre für zwei Staaten. Sie wären die beste Möglichkeit des Zusammenlebens.

ND Was glauben Sie: Welche Parteien werden die arabischen Israelis wählen am 12. Februar?

Nabila Espanioly Ich denke, die Palästinenser innerhalb Israels sind eine Gemeinschaft mit verschiedenen politischen Meinungen. Ich hoffe, dass sie mehr und bewusster die Wahl nutzen, um ihre Interessen zu vertreten. Das würden sie z. B., wenn sie die Demokratische Front für Frieden und Gleichberechtigung (Chadasch*) wählen. Aber ich lebe nicht auf dem Mond und weiß, dass es auch Araber gibt, die die Livni-Partei wählen, leider.

ND Haben Sie die Hoffnung, dass mit dem Regierungswechsel sowohl in Israel als auch in den USA die Lösung des Nahostproblems schneller vorankommt?

Nabila Espanioly Ich denke, es gibt ein Interesse von den USA und auch in Europa, den Konflikt zwischen Israel und Palästina zu lösen. Die Frage, wie er gelöst

wird, liegt auch darin, welche Regierung wir haben werden. Bei dem gegenwärtigen Klima in Israel sieht es aber dafür nicht so gut aus. Die Rechten werden stärker in Israel. Und das bedeutet, die Stimmen für den Frieden werden schwächer.

ND Sie sind also pessimistisch.

Nabila Espanioly Nein, ich hoffe, und meine Hoffnung basiert auf meiner politischen Arbeit. Aber ich bin kein Mensch, der glaubt, die Sachen kommen von alleine. Ich denke, wir haben eine sehr wichtige Rolle als Araber und Juden, diesen Frieden zu suchen.

ND Werden Sie sich selbst im Wahlkampf engagieren?

Nabila Espanioly Wie gesagt, ich bin ein politischer Mensch. Ich bin in der Friedensbewegung in Israel, ich bin in der Chadasch, in der ich mit Gleichgesinnten für diese Ziele zusammenarbeiten kann.

* Chadasch ist eine antizionistische, linke Partei, in der Kommunisten eine wichtige Kraft darstellen. Sie ist die einzige Parlamentspartei Israels, die arabische und jüdische Mitglieder vereint.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/142639.der-frieden-im-nahen-osten-kommt-nicht-von-allein.html>

8. Anhang: UN-Resolution 1325

Vereinte Nationen

S/RES/1325 (2000)



Sicherheitsrat

Verteilung: Allgemein
31. Oktober 2000

Resolution 1325 (2000)

**verabschiedet auf der 4213. Sitzung des Sicherheitsrats
am 31. Oktober 2000**

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1261 (1999) vom 25. August 1999, 1265 (1999) vom 17. September 1999, 1296 (2000) vom 19. April 2000 und 1314 (2000) vom 11. August 2000 sowie auf die einschlägigen Erklärungen seines Präsidenten, *sowie unter Hinweis* auf die Presseerklärung seines Präsidenten vom 8. März 2000 anlässlich des Tages der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau und den Weltfrieden (Internationaler Tag der Frau) (SC/6816),

sowie unter Hinweis auf die Verpflichtungen aus der Erklärung von Beijing und der Aktionsplattform (A/52/231) sowie aus dem Ergebnisdokument der dreiundzwanzigsten Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen "Frauen 2000: Gleichstellung, Entwicklung und Frieden für das 21. Jahrhundert" (A/S-23/10/Rev.1), insbesondere betreffend Frauen und bewaffnete Konflikte,

eingedenk der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und der Hauptverantwortung des Sicherheitsrats nach der Charta für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit,

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis darüber, dass Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kinder, die weitaus größte Mehrheit der von bewaffneten Konflikten betroffenen Personen stellen, namentlich auch als Flüchtlinge und Binnenvertriebene, und dass sie in zunehmendem Maße von Kombattanten und bewaffneten Elementen gezielt angegriffen werden, *sowie in der Erkenntnis*, dass dies Folgen für einen dauerhaften Frieden und eine dauerhafte Aussöhnung nach sich zieht,

erneut erklärend, welche wichtige Rolle Frauen bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten und bei der Friedenskonsolidierung zukommt, und *betonend*, wie wichtig es ist, dass sie an allen Anstrengungen zur Wahrung und Förderung von Frieden und Sicherheit gleichberechtigt und in vollem Umfang teilhaben und dass ihre Mitwirkung an den Entscheidungen im Hinblick auf die Verhütung und Beilegung von Konflikten ausgebaut werden muss,

sowie erneut erklärend, dass die Bestimmungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechtsinstrumente, die die Rechte von Frauen und Mädchen während und nach Konflikten schützen, vollinhaltlich verwirklicht werden müssen,

Vorauskopie des Deutschen Übersetzungsdienstes, Vereinte Nationen, New York. Der endgültige amtliche Wortlaut der Übersetzung erscheint nach eingehender Abstimmung aller Sprachfassungen und redaktioneller Überarbeitung im Offiziellen Protokoll der Generalversammlung bzw. des Sicherheitsrats.

betonend, dass alle Parteien sicherstellen müssen, dass Minenräumprogramme und Aufklärungsprogramme über die Minengefahr den besonderen Bedürfnissen von Frauen und Mädchen Rechnung tragen,

in Anerkennung der dringenden Notwendigkeit, in alle Bereiche von Friedenssicherungseinsätzen eine Geschlechterperspektive zu integrieren, und in diesem Zusammenhang *Kenntnis nehmend* von der Windhuk-Erklärung und dem Aktionsplan von Namibia zur Integration einer Geschlechterperspektive in mehrdimensionale Friedensunterstützungsmissionen (S/2000/693),

sowie in Anerkennung der Bedeutung der in der Presseerklärung seines Präsidenten vom 8. März 2000 abgegebenen Empfehlung, das gesamte Friedenssicherungspersonal im Hinblick auf den Schutz, die besonderen Bedürfnisse und die Menschenrechte von Frauen und Kindern in Konfliktsituationen speziell auszubilden,

aner kennend, dass ein Verständnis der Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Frauen und Mädchen, wirksame institutionelle Vorkehrungen zur Gewährleistung ihres Schutzes und ihre volle Mitwirkung am Friedensprozess in erheblichem Maße zur Wahrung und Förderung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beitragen können,

in Anbetracht der Notwendigkeit, das Datenmaterial zu den Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Frauen und Mädchen zu konsolidieren,

1. *fordert* die Mitgliedstaaten *nachdrücklich auf*, dafür zu sorgen, dass Frauen in den nationalen, regionalen und internationalen Institutionen und Mechanismen zur Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten auf allen Entscheidungsebenen stärker vertreten sind;

2. *legt* dem Generalsekretär *nahe*, seinen strategischen Aktionsplan (A/49/587) umzusetzen, in dem eine stärkere Mitwirkung von Frauen in Entscheidungsfunktionen bei Konfliktbelegungs- und Friedensprozessen gefordert wird;

3. *fordert* den Generalsekretär *nachdrücklich auf*, mehr Frauen zu Sonderbeauftragten und Sonderbotschafterinnen zu ernennen, die in seinem Namen Gute Dienste leisten, und *fordert* die Mitgliedstaaten in diesem Zusammenhang *auf*, dem Generalsekretär Kandidatinnen zur Aufnahme in eine regelmäßig aktualisierte zentrale Liste vorzuschlagen;

4. *fordert* den Generalsekretär *ferner nachdrücklich auf*, die Ausweitung der Rolle und des Beitrags von Frauen bei den Feldmissionen der Vereinten Nationen anzustreben, insbesondere bei den Militärbeobachtern, der Zivilpolizei, bei Menschenrechts- und humanitärem Personal;

5. *bekundet* seine Bereitschaft, in die Friedenssicherungseinsätze eine Geschlechterperspektive zu integrieren, und *fordert* den Generalsekretär *nachdrücklich auf*, sicherzustellen, dass bei Bedarf auch für Geschlechterfragen zuständige Elemente in Feldmissionen aufgenommen werden;

6. *ersucht* den Generalsekretär, den Mitgliedstaaten Leitlinien für die Aus- und Fortbildung sowie Material über den Schutz, die Rechte und die besonderen Bedürfnisse von Frauen sowie über die Wichtigkeit der Beteiligung von Frauen an allen Friedenssicherungs- und Friedenskonsolidierungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen, *bittet* die Mitgliedstaaten, diese Elemente sowie Aufklärungsmaßnahmen über HIV/Aids in ihre einzelstaatlichen Ausbildungsprogramme zur Vorbereitung von Militärpersonal und Zivilpolizisten auf ihren Einsatz aufzunehmen, und *ersucht* den

Generalsekretär *ferner*, sicherzustellen, dass das Zivilpersonal bei Friedenssicherungseinsätzen eine ähnliche Ausbildung erhält;

7. *fordert* die Mitgliedstaaten *nachdrücklich auf*, ihre freiwillige finanzielle, technische und logistische Unterstützung von Trainingsmaßnahmen zur Sensibilisierung in Geschlechterfragen zu verstärken, namentlich Maßnahmen der einschlägigen Fonds und Programme, unter anderem des Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau, des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen, des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen und anderer zuständiger Organe;

8. *fordert* alle beteiligten Akteure *auf*, bei der Aushandlung und Umsetzung von Friedensübereinkünften eine Geschlechterperspektive zu berücksichtigen, die unter anderem auf Folgendes abstellt:

a) die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen während der Rückführung und Neuansiedlung sowie bei der Normalisierung, der Wiedereingliederung und dem Wiederaufbau nach Konflikten;

b) Maßnahmen zur Unterstützung lokaler Friedensinitiativen von Frauen und autochthoner Konfliktbelegungsprozesse sowie zur Beteiligung von Frauen an allen Mechanismen zur Umsetzung der Friedensübereinkünfte;

c) Maßnahmen zur Gewährleistung des Schutzes und der Achtung der Menschenrechte von Frauen und Mädchen, insbesondere im Zusammenhang mit der Verfassung, dem Wahlsystem, der Polizei und der rechtsprechenden Gewalt;

9. *fordert* alle Parteien bewaffneter Konflikte *auf*, das auf die Rechte und den Schutz von Frauen und Mädchen, insbesondere als Zivilpersonen, anwendbare Völkerrecht vollinhaltlich zu achten, insbesondere die auf sie anwendbaren Verpflichtungen aus den Genfer Abkommen von 1949 und den dazugehörigen Zusatzprotokollen von 1977, dem Abkommen vom 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und dem dazugehörigen Protokoll von 1967, dem Übereinkommen von 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau und dem dazugehörigen Fakultativprotokoll von 1999 sowie dem Übereinkommen von 1989 über die Rechte des Kindes und den beiden dazugehörigen Fakultativprotokollen vom 25. Mai 2000, und die einschlägigen Bestimmungen des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs zu berücksichtigen;

10. *fordert* alle Parteien bewaffneter Konflikte *auf*, spezielle Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Mädchen vor geschlechtsspezifischer Gewalt zu ergreifen, insbesondere vor Vergewaltigung und anderen Formen des sexuellen Missbrauchs und allen anderen Formen der Gewalt in Situationen bewaffneter Konflikte;

11. *hebt hervor*, dass alle Staaten dafür verantwortlich sind, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen und die Verantwortlichen für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, namentlich auch im Zusammenhang mit sexueller und sonstiger Gewalt gegen Frauen und Mädchen, strafrechtlich zu verfolgen, und *betont* in diesem Zusammenhang, dass diese Verbrechen soweit möglich von Amnestieregelungen ausgenommen werden müssen;

12. *fordert* alle Parteien bewaffneter Konflikte *auf*, den zivilen und humanitären Charakter von Flüchtlingslagern und -siedlungen zu achten und namentlich auch bei ihrer Errichtung die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen zu berücksichtigen, und *verweist* auf seine Resolutionen 1208 (1998) vom 19. November 1998 und 1296 (2000) vom 19. April 2000;

13. *legt* allen an der Abrüstungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsplanung Beteiligten *nahe*, die unterschiedlichen Bedürfnisse weiblicher und männlicher ehemaliger Kombattanten sowie die Bedürfnisse der von ihnen abhängigen Personen zu berücksichtigen;

14. *bekräftigt* seine Bereitschaft, bei allen Maßnahmen, die nach Artikel 41 der Charta der Vereinten Nationen ergriffen werden, zu erwägen, welche Auswirkungen sie auf die Zivilbevölkerung haben können, und dabei die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen zu berücksichtigen, damit angemessene humanitäre Ausnahmeregelungen geprüft werden können;

15. *bekundet* seine Bereitschaft, dafür zu sorgen, dass bei Missionen des Sicherheitsrats die Geschlechterperspektive sowie die Rechte von Frauen berücksichtigt werden, namentlich auch durch Konsultationen mit Frauengruppen auf lokaler wie internationaler Ebene;

16. *bittet* den Generalsekretär, die Durchführung einer Studie über die Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Frauen und Mädchen, die Rolle der Frauen bei der Friedenskonsolidierung und die Geschlechterdimensionen von Friedensprozessen und der Konfliktbeilegung zu veranlassen, und *bittet ihn ferner*, dem Sicherheitsrat einen Bericht über die Ergebnisse dieser Studie vorzulegen und diesen auch allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zugänglich zu machen;

17. *ersucht* den Generalsekretär, in seine Berichterstattung an den Sicherheitsrat gegebenenfalls auch Informationen über Fortschritte bei der Integration einer Geschlechterperspektive in alle Friedenssicherungsmissionen sowie über alle anderen Frauen und Mädchen betreffenden Gesichtspunkte aufzunehmen;

18. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.
